

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Die Bosse wollen in die Offensive gehen. Sie setzen in dieser Lohnrunde auf Sturm. Wenn es jetzt wieder in den kommenden Wochen darum gehen wird, wieviel Geld wir in nächsten Jahr in der Tasche haben, dann ist eines sicher: Freiwillig werden die Unternehmer nicht einmal einen einzigen Pfennig 'rausrücken.

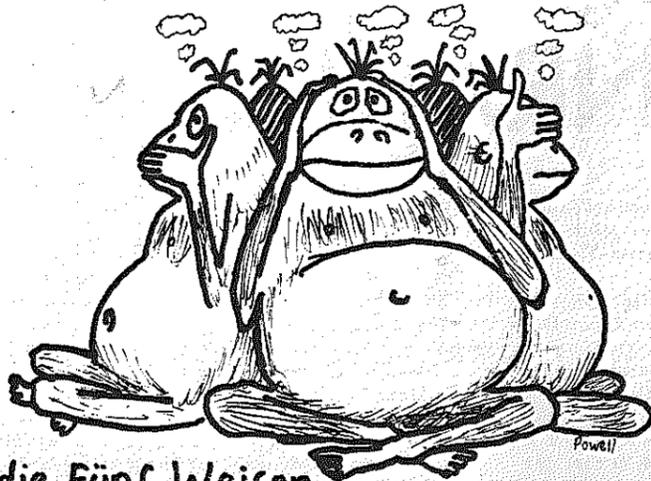
Hinter den Kulissen bereiten sich die Kapitalisten auf einen stürmischen Winter vor. Anfang Oktober hieß es in einem vertraulichen Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Solingen wörtlich "Alle Unternehmer sollten wissen, daß es eine Lösung des Tarifproblems in freien Verhandlungen wohl nicht geben wird"... "daß ein vertretbares Ergebnis künftig ohne Inkaufnahme von Steiks und... Aussperrung nicht zu erreichen sein wird."

Im gleichen Rundschreiben sucht der Verband die volle Rückendeckung seiner Mitglieder, indem er ihnen eindeutige Fragen stellt, wie z. B. diese: "Stimmen sie der Auffassung zu, daß die Fortsetzung der Politik des Nachgebens gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen nicht länger hingenommen werden sollte?"

Die Arbeitgeber machen mobil. Die ohnehin in den Augen vieler Kollegen zu mäßigen Lohnabschlüsse der letzten Jahre sind für die Bosse zu hoch. Diesmal haben sie deutlich gesagt, was für sie noch vertretbar ist. Vor einer Klausurtagung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall konnte man hören, daß für die Arbeitgeber nur ein Abschluß von weit unter fünf Prozent "zumutbar" sei. Im "Handelsblatt" war sogar die Rede davon, daß die tatsächlichen Lohnabschlüsse aus Arbeitgebersicht "eher eine drei als eine vier vor dem Komma haben müssen".

Und wie jedes Jahr, so läuteten die Glocken des Kapitals auch in diesem Herbst die Lohnrunde ein. Und es ist immer

LOHNEINSCHRÄNKUNGEN



die Fünf Weisen
- beim Nachdenken

dasselbe. Aus allen Kanälen hört man die Klagen und das Wehgeschrei der ach so armen Unternehmer. Presse, bürgerliche Politiker und angeblich "neutrale" Experten singen mit ernster Miene unisono im Chor das hohe Lied des Lohnverzichts. Regelmäßig treten irgentwelche Professoren, die ihre Schäfchen im Trockenen haben, auf und predigen uns das alte Märchen. Die sogenannten "Fünf Weisen" lassen sich diesen tödernen Spaß sogar 52 000 DM pro Nase kosten. Nicht schlecht. Und was haben sie in ihrem Gutachten anzubieten? Nichts Neues. Nur die inzwischen verstaubte Zauberformel von der ach so süßen Zurückhaltung der Arbeiter bei den Löhnen. Sie sehen "keinen von vornherein zwingenden Grund" überhaupt die Löhne zu erhöhen. Kein Wunder, daß sie bei einem so saftigen Honorar so reden! Und daß sie dabei auch

WIEDER DAS ALTE LIED

BOSSE FORDERN VERZICHT!

60 pf
NR. 26
Dezember

die Erfahrungen der letzten Jahre vergessen, darf einen eigentlich auch nicht verwundern. Ihre uralte Gleichung, daß weniger Lohn und somit höhere Profite zu mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätzen führe, hätte eigentlich schon längst aufgehen müssen. Denn in der Tat ist der Lebensstandard der meisten Kollegen in den letzten paar Jahren zurückgegangen. Allmählich fragen sich mehr und mehr Arbeiter, was denn aus diesen Versprechungen geworden ist. Viele haben abgewartet und auf eine bessere Zukunft gehofft, aber Geduld läßt sich nicht ewig überstrapazieren. Und wenn jetzt noch die Unternehmer in die Generaloffensive gehen wollen, dann muß unsere Seite sich dementsprechend rüsten. Unsere Gewerkschafts-

führung muß sich im klaren sein, daß nur die konzentrierte Kraft aus den Betrieben eine weitere Verschlechterung unseres Lebensstandards verhindern kann.

Es kommt auf jeden einzelnen Kollegen an, wenn wir die drohende Generaloffensive der Unternehmer abwehren und unseren Lebensstandard verteidigen und wieder ausbauen wollen. Denn wenn wir keine Einheitlichkeit und Entschlossenheit zeigen, dann werden die Bosse umso frecher uns alles das wegnehmen was wir über das reine Existenzminimum hinaus erreicht haben. Geschenkt worden ist uns in dieser Wirtschaftsordnung ohnehin noch nie etwas.

VON EINEM GEWERKSCHAFTLER

CRAILSHEIMER JUSOS ZEIGEN PRAKTISCHE

SOLIDARITÄT MIT ENTLASSENER BETRIEBSRÄTIN

Jürgen Michel
Vorsitzender, JUSO AG Crailsheim

DAZU WEITER S.8:
SOLIDARITÄTS-
VERANSTALTUNG

Betriebsräte haben bekanntlich keine Macht im Betrieb, sondern nur minimale Rechte. Aber selbst diese minimalen Rechte sind den Unternehmern ein Dorn im Auge sobald sie im Interesse der Kollegen ausgeschöpft werden. So waren der Geschäftsleitung eines Crailsheimer Textilbetriebes mit 540 Beschäftigten brutale Mittel recht, um eine unbecome Betriebsratsvorsitzende loszuwerden.

Begonnen hatte alles mit den Betriebsratswahlen 1975.

Zum ersten Mal wurde in dem Betrieb ernsthaft versucht, die Rechte des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) wahrzunehmen. So wurde vom Betriebsrat u. a. durchgesetzt, daß die gesetzliche Pausenregelung eingehalten wird, das Urlaubsgeld pünktlich ausgezahlt wird und die Akkordsätze stimmen. Für die Zeit von Anfang August bis Dezember 1976 wurde der Unternehmer gezwungen, ca. 100 000,- DM Lohnnachzahlungen wegen falscher Akkordsätze zu leisten.

Die Herren der Geschäftsleitung wollten sich damit nicht abfinden, daß ihnen

plötzlich jemand gegenüber stand, der die Rechte der Kollegen kennt, der offen für diese Rechte eintritt.

Die Geschäftsleitung griff zu den schäbigsten Methoden, wie Beschimpfungen, Verleumdungen, Hetze und Lüge. Schließlich holten die Bosse zum großen Schlag aus: Die treibende Kraft im Betriebsrat, die Vorsitzende, sollte aus dem Betrieb hinauskatapultiert werden. Da man Betriebsräte nicht so einfach entlassen kann, hängt man ihr einen Diebstahl an. Bezeichnend ist, daß dieser Fall nicht allein steht. Es gibt eine ganze Reihe ähnlicher Fälle, so zum Beispiel in der Kölner Zigarettenfabrik Reemtsma, bei der Selbstbedienungskette "Toom", bei der Firma Pierburg in Neuß oder bei der Firma Paul&Co. in Oberwildflecken, um nur einige zu nennen. Dieses Vorgehen scheint vielmehr allgemeine Praxis in unserer ach so "freien"

Marktwirtschaft mit ihrer Unternehmerwillkür zu sein.

Man redet bei uns in der BRD immer so viel von Demokratie. Ist es demokratisch, wenn eine Person sich dem Willen von 540 Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten widersetzt, ihre gewählte Vertreterin entläßt und damit versucht, die Beschäftigten in dem Betrieb politisch zu entmündigen?

Bei zwei Unterschriftensammlungen im Betrieb hatten sich fast alle gegen die Entlassung ausgesprochen.

Wir können hier klar erkennen, wo bei uns die Demokratie ihre Grenzen hat, nämlich vor den Fabrikanten. Bespitzelung, Berufsverbote und politische Unterdrückung sind im Betrieb keinesfalls neu, es gibt sie, seit es den Kapitalismus gibt. Erst wenn er fällt, ist der Weg frei für eine freie, gerechte und soziale Demokratie: die sozialistische!

ARTIKEL ÜBER

- Wohnraumvernichtung... S. 2
- Hochschulreform... S. 3
- SPD und Kapital... S. 4
- Was ist Faschismus?... S. 5
- Falken... S. 4+5
- Griechenland
- Feuerwehrstreik... S. 6
- Angestellte
- Interviews... S. 7

VORAN! zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
H.G. Öfinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

FRAGEN NACH HAMBURG

Der SPD-Parteitag ist über die Bühne, in fast allen Fragen konnte sich der Parteivorstand die Unterstützung für die Regierung Schmidt sicherstellen, "deutliche Bekenntnisse zur Marktwirtschaft" (so Finanzminister Apel) sind gesprochen. Aber wie gut auch immer die Worte geklungen haben und die Regie für diesen Parteitag gewesen sein mag, es bleibt ein ganzer Sack voller Fragen.

"Wir stehen mit einer gewissen Ohnmacht der zähen Arbeitslosigkeit gegenüber", bekannte Hans Apel ganz offen. Helmut Schmidt gab in seinem Bericht an den Parteitag als Bundeskanzler vor den Delegierten unverblümt zu, daß wir alle den "Preis größerer Arbeitslosigkeit und gravierender Verluste an realen Einkommen" zahlen mußten.

Dies sind schon ganz andere Töne als noch vor wenigen Jahren, als man grenzenloses Vertrauen in die kapitalistische Marktwirtschaft setzte und Arbeitslosigkeit und Reallohnverlust angeblich nur Betriebsunfälle in einem ansonst reibungslosen Ablauf waren. Diese "Betriebsunfälle" sind inzwischen zu Dauerbrennern geworden.

JEDER ARBEITSLOSE IST EIN ARBEITSLÖSER ZUVIEL.

Es ist nicht nur ein Skandal, daß seine Arbeitskraft und Fähigkeit brachliegt und es ihm verweigert wird, nach seinen Kräften und Fähigkeiten dringend benötigte Güter zu produzieren, der Staat muß obendrein noch für diese erzwungene Arbeitsaussetzung mit Arbeitslosenunterstützung und Steuerausfall bezahlen. Eine Million Arbeitslose kosten die Volkswirtschaft jährlich zig Milliarden. Wenn die Arbeitslosigkeit weiter steigt, dann wird dies verheerende Folgen haben. Die Regierung hat sich durch üppige Unternehmenssubventionen erhofft, daß "die Pferde saufen" und Arbeitsplätze entstehen.

Jetzt sind die Milliarden in den Mäulern der Bosse gelandet, ohne daß die Arbeitslosen von der Straße sind. Die Verschuldung des Bundes ist an der Grenze. "Da ist nichts mehr drin", meint Hans Apel.

Eine weiter steigende Arbeitslosigkeit würde diese Verschuldung noch verschärfen. Stehen dann massive Einsparungen bei allen Sozialleistungen auf der Tagesordnung?

Und was wird dann aus den angeschlagenen Rentenfinanzen, wenn die Arbeitslosigkeit weiter steigt? Die Bundesregierungen gründen ihre Berechnungen zur Sanierung der Rentenfinanzen auf die Annahme, daß die Arbeitslosigkeit jährlich erheblich sinkt: Auf 775.000 im Jahr 1978, 700.000 im Jahr 1979 und dann 630.000 im Jahr 1980.

Lebt diese Regierung eigentlich im Wolkenschlückchen, wenn sie an solchen Zahlen festhält?

Die wirklichen Arbeitslosenzahlen werden darüber liegen - wahrscheinlich sogar erheblich. Damit dürfte das ganze Konzept wertlos geworden sein. Rentner müssen weiterhin befürchten, daß ihnen der Lebensabend doch noch versalzen werden könnte.

Dies sind - nur kurz angetastet - Probleme und Fragen der Bundesregierung und Partieführung an der Schwelle zum neuen Jahr.

Die Antwort läßt auf sich warten. Jedenfalls kann sie nicht heißen: Weiter festhalten an der Marktwirtschaft. Denn es ist gerade die kapitalistische, nur auf den Profit ausgerichtete Wirtschaftsordnung, die Arbeitslose in großen Mengen hervorbringt und an unseren Bedürfnissen vorbeiproduziert. Wenn wir die Probleme nicht nur in Worten, sondern in der Tat anpacken wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als eben diese vielgerühmte "Marktwirtschaft" durch eine demokratisch gelenkte planwirtschaft zu ersetzen.

PROFITGIER ZERSTÖRT WOHNRAUM

Im Hamburger Stadtteil Eppendorf läuft seit gut fünf Jahren der Kampf der Mieterinitiative Eppendorf gegen den Hausbesitzer und Bauunternehmer Heinz Ruppert.

Rupperts Masche: preisgünstigen Altbauwohnraum durch Leerstellenlassen so verfallen zu lassen, - dabei helfen Zerstörungen durch seine eigenen Handwerker recht wirkungsvoll nach - daß ihm irgendwann die sogenannte wohnraumwirtschaftliche Abrißgenehmigung durch die Behörden gemäß der seit 1971 geltenden "Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum" erteilt wird.

Es wurden zwar auf Druck der Mieterinitiative vom zuständigen Bezirksamt dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt - gleichzeitig hatte Ruppert allen Mietern gekündigt. Die Häuser sollten abgerissen werden; eine Genehmigung lag nicht vor. Jedoch läßt sich der Verfall der 1921 gebauten Häuser nicht so einfach aufhalten. Inzwischen sind von den 44 Wohnungen in der Kunhardtstraße nur noch vier bewohnt: Ruppert hat die sich wehrenden Mieter mit Räumungsprozessen überzogen, viele Mieter haben unter diesen Bedingungen nicht mehr wohnen wollen und können und sind ausgezogen. Inzwischen sind eine Vielzahl von Prozessen

der Mieter einerseits und des Bezirksamtes andererseits ohne abschließendes Urteil in den Instanzen der Justiz, aber dem rechtswidrigen Verhalten Rupperts läßt sich auf dem (bürgerlichen) Rechtsweg vorerst nicht Einhalt gebieten: Es ist eben eine politische Entscheidung, ob dem Eigentumsrecht auch bei festgestelltem Mißbrauch Vorrang gegeben wird! Die Zweckentfremdungsverordnung soll gerade aber diesen Mißbrauch verhindern; das Bezirksamt könnte in leerstehenden Wohnraum Mieter zwangseinweisen.

Die Mieterinitiative hat deswegen eine entsprechende Eingabe an die Bürgerschaft gerichtet. Die Bürgerschaft hat der Eingabe stattgegeben. Der SPD/FDP Senat prüft seit nunmehr zehn Monaten diese Angelegenheit und ist offenbar aus Angst vor einem Präzedenzfall nicht bereit, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. So leistet der Senat dem Verfall und damit den Abrißplänen Rupperts Vorschub. Gegen den Willen der Volksvertretung hat sich also der Senat auf die Seite der Hausbesitzer geschlagen. Aber um das zu vertuschen, hat sich Bau-senator Bialas mit Ruppert an einen Tisch gesetzt. Dabei wurde Ruppert angeboten, ihm die



Häuser abzukaufen - das hat er natürlich abgelehnt! Weiß er doch nur zu gut, daß der Senat kein ernstzunehmender Gegner seiner Abrißpläne ist. Einziges Ergebnis dieser Kungelei ist die den Mietern der Kunhardtstraße gewährte Räumungsfrist, denn im nächsten Frühjahr sind Bürgerschaftswahlen. Es stehen auch woanders Wohnungen leer, aus Profitgier lassen Hausbesitzer auch in anderen Stadtteilen Häuser verfallen. Deshalb fordert die Mieterinitiative nach wie vor die Einweisung von Mietern, denn nur so lassen sich die Häuser erhalten.

Am Fall Kunhardtstraße spiegelt sich deutlich das Prinzip des Kapitalismus wieder. Aus reinem Profitsucht läßt man schon vorhandene Häuser verkommen, obwohl es noch viele Wohnungssuchende gibt. Die einzige Konsequenz in dieser Situation ist der Bruch mit dem kapitalistischen Profitsystem. Das Wohnungswesen muß verstaatlicht und demokratisch durch Mieter, Gewerkschaften und Regierung kontrolliert werden.

Rainer Korsch
Juso-AG Hamburg Winterhude

AUS PLATZGRÜNDEN MÜSSEN WIR UNS SINN- GEMASSE KÜRZUNGEN LEIDER VORBEHALTEN

Leser-
Gemeinschaft
Briefe

BUNDESWEHR AN DEN SCHULEN

Es hat sich eingebürgert, daß bei den älteren Jahrgängen der Schule sogenannte Jugendoffiziere der Bundeswehr auftauchen. Sie sollen die männlichen Jugendlichen informieren, wie es in der Bundeswehr aussieht. Nur, wie sie das tun, ist oft äußerst fragwürdig. Da werden "Informationen" über Verdienst und Laufbahn gegeben. Dann werden Filme gezeigt: ihr Aufbau gleicht dem eines Werbefilms für PKWs. Da wird von Kameradschaft und Männlichkeit geredet, Panzer werden mit VWs verglichen. Dabei wird aber nicht gezeigt, wie Menschen aussehen, die einmal negative Bekanntheit mit solch einem Gerät machten. Als dies einmal einem Jugendoffizier gesagt wurde, konterte ein an der Diskussion teilnehmendes Mitglied der Jungen Union (JU), daß ein Mensch, der von einem Auto angefahren wird, genauso schrecklich zugerichtet sein könne. So etwas wirft ein bezeichnendes Licht auf die Beziehungen der JU zur Bundeswehr. Um aber nun auf die Methoden der "Bundeswehrinformationen" zurückzukommen, weise ich auf die Broschüre hin, die die Bundeswehr an Wehrpflichtige verteilt. Sie ist voll mit Sprüchen wie z. B. "Bundeswehr, die Zukunft planen" oder "Die Bundeswehr - eine sichere Zukunft!" (Für wen, kann man sich nur fragen). Auch die Fotos sind äußerst beschönigend. Da werden Bomber im Sonnenuntergang oder Soldaten beim Kegeln gezeigt. Natürlich wird auch erwähnt, daß ohne die NATO Frieden und Wohlstand verloren wären (was für die Aktionäre der Rüstungsfirmen Krauss-Maffei und Lockheed natürlich stimmt). Da wird vom Beschwerderecht des Soldaten gegenüber dem Vorgesetzten gesprochen. Daß man danach aber oft aus "diensttechnischen Gründen", statt frei zu haben, Wache schieben muß, bleibt natürlich unerwähnt. Wenn aber jemand diesen "Informationsstil" kritisiert, wird er als "Linker Spinner" bezeichnet. Da sich die Regierung von Nordrhein-Westfalen so progressiv in der Schulpolitik gibt, sollte sie endlich auch die Vertreter der Kriegsdienstverweigerer in den Schulen zu Wort kommen lassen.

Michael Krebs, Handelsschüler

SOZIALLEISTUNGEN SOLLEN WEITER ABGEBAUT WERDEN

Auf dem bisherigen Höhepunkt der Wirtschaftskrise in der BRD bewies diese Regierung zum ersten Mal offen und deutlich, wie weit sie sich von sozialistischer Zielsetzung bereits entfernt hat. Mit der Zustimmung der CDU/CSU änderten sie in Verbindung mit dem Haushaltsstrukturgesetz und dem Sozialgesetzbuch das Arbeitsförderungsgesetz zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, also den sozial Schwachen in dieser Gesellschaft. Viele, die 1975 arbeitslos waren, wieder Arbeit bekamen, 1976 erneut arbeitslos wurden, riefen sich verwundert die Augen als sie sahen, daß ihr Arbeitslosengeld niedriger war als im Jahr zuvor, obwohl sie mehr oder gleichviel verdient hatten. Seit 1976 werden Arbeitslosengeld/hilfe und Unterhaltsgeld nach den Steuerklassen gezahlt, obwohl die Beiträge die an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden müssen gleich hoch sind, egal welche Steuerklasse auf der Steuerkarte eingetragen ist. Aber die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen werden sich noch mehr gewundert haben, als 1977 noch weniger Geld kam und sie werden staunen, daß dieser Trend auch 1978 anhalten wird. Bereits jetzt bekommen viele Arbeitslose bis zu 30% weniger als noch vor zwei Jahren.

Aber nicht nur die finanziellen Leistungen werden abgebaut, auch die Lohnabhängigen werden immer stärker unter Druck gesetzt. z. B. wurde die "Zumutbarkeit" bei Ablehnungen vom Arbeitsamt angebotener Stellen erweitert. Jetzt ist es für jeden Arbeitslosen "zumutbar" so gut wie jede Arbeit anzunehmen, egal ob sie untertariflich entlohnt wird - es heißt dann ganz einfach, sie sei "ortsüblich" entlohnt - oder auch ob diese Stelle nur mit einer Anfahrtszeit von ein bis zwei Stunden erreichbar ist. Das würde bedeuten, daß die Kollegen bis zu 14 Stunden täglich von zu Hause fort wären. Lehnt man eine solche Stelle ab, bekommt man vier Wochen "Sperrzeit", d. h. kein Geld. In Sachen Sperrzeit steht den Arbeitslosen 1978 noch eine sehr einschneidende Änderung ins Haus. Bisher verminderte die Sperrzeit nicht den Anspruch auf Arbeitslosengeld (höchstens 312 Tage), in Zukunft wird diese jedoch von der Anspruchsdauer abgezogen, also bekommt man bei einer Sperrzeit 24 Tage weniger Geld. Daß dem SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt die Arbeitslosen völlig egal sind, statt sich mit

ihnen wie es sich für einen ehrlichen Sozialisten gehört solidarisch zu erklären, zeigte er auch in seiner Rede auf der zentralen Kundgebung des DGB am 1. Mai 1977 in Köln.

Er übernahm hier völlig die Argumentation der Kapitalisten, indem er behauptete, daß ein Großteil der Arbeitslosen so und so faul sei und wer wolle, bekäme auch eine Stelle. Mit solchen und ähnlichen Thesen versucht die Reaktion in der BRD schon lange die Solidarität unter den Kollegen zu brechen. Unsere Aufgabe ist es, dies zu verhindern. Wir müssen unseren Kollegen immer wieder klar machen, daß mindestens 99% der Arbeitslosen arbeiten wollen, daß Arbeitslosigkeit eine logische Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist und daß das Argument von den "faulen Arbeitslosen" ein übler Trick der herrschenden Klasse ist. Sie verarmt die Arbeitslosigkeit um so von den tatsächlichen Problemen abzulenken. Arbeitslosigkeit läßt sich nunmal nur in einer sozialistischen Gesellschaft überwinden.

von Gerd Bloemer
Kassierer OV Köln Mitte

VERMIETER-WILLKÜR

Ich bin Ausländer und war bis vor einem Jahr wohnhaft in Krefeld. Dort hatte ich eine Wohnung renoviert übernommen, die ich 15 Monate bewohnte. Meine Kündigung erfolgte fristgemäß. 8 Wochen vor Ende des Mietverhältnisses erfolgte mein Umzug nach Remscheid, 6 Wochen vor Ende wurde die Wohnung von mir renoviert, wofür ich zwei Zeugen hatte. Drei Tage vor Ablauf des Mietverhältnisses erhielt ich einen Brief der Hausmeisterin: eine Aufforderung zur Renovierung der Wohnung, da erhebliche Mängel festgestellt wurde. Es wurde mir eine Renovierungsfrist von drei Tagen gesetzt. Bei Nichteinhaltung werde eine Firma damit beauftragt und dafür die von mir bei Mietbeginn gezahlte Kautions von 600,- DM einbehalten. Ein von mir mit der Sachverständiger Rechtanwalt schrieb drei Briefe an den Wohnungseigentümer: Unkosten 100,- DM. Etwa 10 Tage nach Ende des Mietverhältnisses erhielt ich eine Rechnung in Höhe von 780,- DM für die Renovierung, wofür meine Kautions einbehalten wurde. Somit entstand eine Restschuld von 180,- DM, die nach Erhalt eines Zahlungsbefehls von mir beglichen wurde. Fazit: insgesamt 880,- DM Verlust.

Norman Bulligold

**Für eine Verfassungskraft
mit politischem u. imper. Mandat
Satzungs- u. Finanzhoheit!**

Ursel Backhaus-AG
Stuttgart-Deberloch

Gewerkschaften unterstützen den Kampf der Studenten

HEISSER HERBST AN DEN HOCHSCHULEN

Studentenbewegung wohin?

Dies alles sind Ansätze dafür, daß die Studentenbewegung im Vergleich zu den 60er Jahren heute eine neue Qualität erhält. Davor hat offensichtlich auch die Reaktion Angst. Der baden-württembergische Kultusminister verteilte nicht umsonst die "seltsame Allianz von Studenten und Gewerkschaften" im Kampf gegen das Hochschulgesetz.

Es bleibt zu hoffen, daß die Studenten diese Unterstützung durch die organisierte Arbeiterbewegung ernstnehmen und endlich ihr teilweise arrogantes und sektiererisches Verhalten gegenüber Arbeitern ablegen. Egal was die Studentenbewegung innerhalb dieser Gesellschaft erreicht, ihre Errungenschaften können niemals voll abgesichert werden, sondern werden immer neuen Angriffen des Kapitals ausgesetzt sein. Erst der Sozialismus wird Ausbildungsinhalte und -bedingungen ermöglichen, wie sich das die arbeitende Bevölkerung und die lernende Jugend vorstellt.

Im Kampf für den Sozialismus gehört der Arbeiterklasse aber die führende Rolle. Studenten stellen im Vergleich zu den Millionen abhängig Beschäftigten nicht nur eine Minderheit dar, sondern haben auch nicht annähernd gleiche Machtmittel zur Veränderung der Gesellschaft. Dies wird auch am Beispiel Streik deutlich. Ein Streik, der den Universitätsbetrieb lähmt, untergräbt zeitweise die Macht ausübung der herrschenden Klasse über ihre wertvollste Bildungsmaschinerie. Der Vorlesungsboykott trifft aber im Gegensatz zu einem Streik in der Fabrik nicht den Nerv des Kapitalismus, er trifft nicht den Profit der Unternehmen.

Wenn Studenten also einen erfolgreichen politischen Kampf führen wollen, müssen sie sich auf die Arbeiterbewegung zuorientieren, und sich deren Unterstützung sichern.

Obwohl die derzeitigen Gesetze, die Kampfbedingungen der Studenten verschlechtern, wird es dem Kapital und seinen politischen Vertretern aber nie gelingen, die Universitäten wie Ende der 20er Jahre zu einem Hort der Reaktion zu machen.

Widerstand

Bei der Kundgebung nach der Demonstration in Stuttgart, sprachen neben Studentenvertreter auch der Vorsitzende der GEW, (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) Frister, und das Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, D. Henschke. "Was zur Zeit an unseren Hochschulen einzieht und nach dem Willen des Gesetzes einziehen soll, das ist der Mief der Reaktion; der Versuch, Kritik mundtot zu machen. Hier liegen Gefahren für uns alle... Deshalb verdient euer Kampf für eine demokratische Hochschule auch die Unterstützung der Gewerkschaften. Das gilt auch für Vorlesungsboykott und Streik. Natürlich ist dies kein Arbeitskampf im arbeitsrechtlichen Sinn. Dennoch ist es falsch, wenn Ministerialbeamte und Rektoren vorgeben, dem Vorlesungsboykott fehle die Rechtsgrundlage. Nun - die Rechtsgrundlage ist keine andere als Art. 5 des Grundgesetzes: Das Recht der kollektiven Ausübung der Meinungsfreiheit. Was Axel César Springer in millionenfacher Auflage tagtäglich darf, das dürfen auch einige 1000 Studenten durch organisierten Vorlesungsboykott." (Henschke) Die Rede Henschkes wurde von der gesamten bürgerlichen Presse totgeschwiegen, wie auch die von der Polizei geschätzte Demonstrantenanzahl in Zeitungsartikeln auf 15 000 halbiert wurde. Studentenvertreter, die während des Streiks mit Hausverbot und anderen Ordnungsmaßnahmen gemäßregelt wurden, erhielten Solidaritätsadressen von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsgliederungen.

Was die Interessenvertretungsorgane der Studenten an den Hochschulen, die Verfasste Studentenschaft (AStA und Fachschaften) betrifft, sagt das Gesetz aus, daß sie bestehen kann (nicht muß) und überlässt die Aufrechterhaltung bzw. Abschaffung den Länderregierungen. Hinzukommt, daß Bundes- und Landesregierungen durch Bafög-Kürzungen, massenhafte Streichung von Personalstellen an den Hochschulen, - was zur Auflösung ganzer Studiengänge führt - die Ausbildungssituation verdrastisch verschlechtert.



Mit all diesen Gesetzen und Maßnahmen werden nun auch im Hochschulbereich die mühsam erkämpften Reformen der letzten zehn Jahre zerschlagen.

Kapitalinteressen

Diese Politik entspricht voll den Interessen des Kapitals. Die Unternehmer wollen die Anzahl hochqualifizierter Arbeitskräfte vermindern, weil sie sie nur noch begrenzt profitbringend verwerten können. Anstatt höherer Bildungsausgaben wollen sie Steuererleichterungen und Unterstützungen. Sie wollen die Universitäten stärker unter ihre Kontrolle bringen, weil sie durch das politische Bewußtsein und durch geisteswissenschaftliche Vorlesungen kritischer Professoren ihre Ideologie untergraben sehen.

Hochschulreform

Am ersten Januar 1976 trat das neue Hochschulrahmengesetz in Kraft. Es wurde von allen Parteien im Bundestag geschlossen verabschiedet. Während der 6-jährigen Beratungszeit ließ sich die SPD vom Kapital und seinen politischen Vertretern CDU/CSU und FDP so unter Druck setzen, daß schließlich ein Gesetz auf den Tisch gelegt wurde, das alles andere ist als eine "Reform im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und lernenden Jugend" ist. Das neue Gesetz schreibt eine acht-semestrierte Regelstudienzeit mit anschließendem Zwangsausschluß vor. Das heißt, wer in vier Jahren nicht alle notwendigen Prüfungen und Erfolgsscheine bestanden hat, wird von der Hochschule verwiesen und darf nicht mehr weiterstudieren. Wenn man bedenkt, daß viele Studenten aus Arbeiterfamilien während ihres Studiums nebenher noch Geld verdienen müssen, und wenn man weitersieht, daß viele Pflichten deshalb nicht sofort abgelegt werden können weil man in Seminare und Übungen wegen Überfüllung nicht mehr aufgenommen wird, dann wird die katastrophale Auswirkung dieser Studienzeitbeschränkung klar.

Das neue Hochschulrahmengesetz sieht ebenfalls ein verschärftes Ordnungsrecht für die Universitäten vor. Das bedeutet, daß unbeherrschte Studenten durch Hausverbote und andere Zwangsmaßnahmen einfacher als bisher ausgeschaltet werden können.

KRISE UND MITTELSTAND

Durch überzogene Preissteigerungen, zu niedrige Lohnerhöhungen und eine Steuerpolitik zugunsten des Kapitals ist seit 1972 der Lebensstandard der Lohnabhängigen ständig gesunken. Wegen der gleichen Ursachen hat sich auch der Anteil der arbeitenden Bevölkerung am Gesamtvolksvermögen verringert, der Anteil der Kapitalisten daran gewaltig vergrößert. Wie Karl Marx vor über 100 Jahren festgestellt hat, und wie sich jetzt bestätigt, führt die Krise des Kapitalismus zu einer Konzentration Kapitals immer weniger Händen, zu Lasten der Arbeitnehmer, aber auch zu Lasten der kleinen Unternehmer - des Mittelstandes (Handwerksbetriebe mit 5-99, Industrieunternehmen mit 50-499 Beschäftigten). Die Zahlen von fast 100 000 Konkursen mittelständischer Unternehmen im Jahr 1976 und von schon über 6 000 im ersten Halbjahr 1977 sprechen Bände. Sie sind die Anzeichen für eindeutige Verfallserscheinungen des kapitalistischen Systems.

Von welcher Wichtigkeit diese Zahlen zu sein scheinen, beweist auch, daß sie vermochten, was die Zahl von einer Million Arbeitslosen nicht schafft:

Die Hüter des Kapitalismus schlagen Alarm. So meinte beispielsweise CDU-Wirtschaftssprecher Barzel, die Regierung müsse endlich etwas für die mittelständischen Unternehmen tun, denn nur durch einen gesunden Mittelstand sei eine "freie, soziale Marktwirtschaft" möglich. Mit letzterem hat Barzel sicher nicht unrecht. Er sieht aber anscheinend nicht, daß der Arm einer Regierung in einem kapitalistischen System viel zu schwach ist, die zwangsläufigen Vorgänge in diesem System, die unter anderem langsam aber sicher zur Ausrottung des Mittelstandes führen, aufzuhalten, zumal dieser Arm voll damit beschäftigt ist, den Großkapitalisten Zucker in den Hintern zu pumpen. Darüberhinaus scheint der CDU-Mann auch den Kern der Sache nicht zu erkennen: Was ist das doch für ein irrsinniges System, das seinen eigenen Erhalter aufrüßt!

Wenn's nicht so traurig wäre, wäre es tatsächlich zum Lachen! Da es hier aber um die Existenz (-angst) von einer Millionen Arbeitslosen und noch mehr Menschen geht und es in Zukunft um Not und Elend von noch viel mehr Menschen gehen wird, bleibt nur eine Folgerung: So schnell wie möglich Schluß machen mit diesem Wahnsinnsspiel auf unserem Rücken, das sich Kapitalismus oder "freie, soziale Marktwirtschaft" nennt.

KRANKSEIN LUXUS

Arbeitnehmer gehen weniger zum Arzt. Diese Meldung müßte doch eine Alarmstimmung bei der arbeitenden Bevölkerung auslösen. Für die Arbeitgeber und Krankenkassen ist dies wohl für die erste Zeit geradezu günstig. Aber auf die Dauer gesehen züchten sich die Kapitalisten praktisch nur ein ungesundes Heer von Arbeitnehmern. Und eine kranke Masse ist kein Stützpfiler mehr für die Kapitalisten. Es gibt doch nur einen Grund weshalb viele Kollegen den Arztbesuch meiden, nämlich die Angst um den Arbeitsplatz. Es ist doch wirklich ziemlich beschissen, wenn man die eigene Gesundheit noch mehr aufs Spiel setzen muß um seinen Arbeitsplatz zu behalten. Für einige qualifizierte Facharbeiter trifft dies vielleicht noch nicht so zu, aber es gibt genügend Hilfsarbeiter, die schon so etwas erlebt haben. Deshalb ist es eben wichtig, daß die nicht betroffenen die ganze Entwicklung weitersuchen und sich auch Gedanken um die anderen Kollegen machen. Sie sollten sich immer vor Augen halten, daß ohne die Solidarität unter den Kollegen die Arbeiterbewegung im Sumpfe stecken

bleibt. Es ist ja immer so, bei Hilfsarbeitern fängt es an und geht dann immer höher, also ist langfristig gesehen keiner sicher. Wenn man schon nicht mehr zum Arzt gehen kann wenn man muß, so ist das schon ein Zeichen dafür, daß die erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung und Gewerkschaften immer mehr zerbröckeln. Und daß die Misere immer größer wird ist doch auch sonnenklar, da täuschen auch noch so demagogische Worte von einigen Regierungsleuten nicht hinweg. Jetzt in dieser Zeit, die ganz klar zeigt, daß der Lebensstandard der Arbeitnehmer spürbar zurückgeht und daß immer mehr Rechte der Arbeiter, wenn auch indirekt, abgebaut werden, die Arbeitslosenzahlen steigen werden, muß man sich doch fragen wo uns das kapitalistische System hinführt.

Erst wenn wir Arbeiter selbst das Sagen haben, wird sich der Lebensstandard nicht mehr verschlechtern und wird auch das Kranksein für uns kein Luxus mehr sein.

Address Baumgarten

NOCH EIN LESERBRIEF

»BILD«

Liebe Genossen!

In Köln wurde neulich während der Juso-Filmwoche der Wallraff-Film gezeigt. Es wird darin aufgeführt, wie Günter Wallraff sich in die "Bild"-Redaktion in Hannover unerkannt reinschmuggeln konnte und da als Reporter Hans Esser einige Monate lang "mit"arbeitete. Der Film ist wichtig und besonders interessant für Sozialisten, weil er deutlich aufzeigt, wie die Springer-Presse die Wahrheit eindeutig verfälscht. Einige Beispiele machen dies klar:

Als Reporter hatte Wallraff die Aufgabe, einen Artikel über die Lehrstellen-Situation im Raum Hannover zu schreiben. Die Absicht des Redakteurs war es nämlich, den Eindruck zu geben, daß die Unternehmer sich um die Jugendarbeitslosigkeit kümmern. Als Wallraff bei allen möglichen Betrieben anrief und fragte,

wieviele Lehrstellen für Lehrlinge angeboten wurden, sah die Lage recht schwarz aus.

Schließlich rief er bei VW an, wo es hieß, sie hätten einige hundert Lehrstellen anzubieten - allerdings in der ganzen Bundesrepublik! Die fette Überschrift lautete dann aber: "Klasse! VW stellt einige hundert neue Lehrlinge ein", wobei in dem Artikel ganz klar gemacht wurde, daß dies angeblich nur für den Raum Hannover galt. Springers reaktionäre Propaganda verläßt sich auf Lügen und spielt die primitivsten Vorurteile hoch.

Wallraff mußte einen Bericht über Unfälle bei der Arbeit machen und hatte einige Jungarbeiter gefragt, wie es in ihren Betrieben aussähe. Sie erzählten erschreckende Stories. In manchen Betrieben kam es vor, daß Finger und Arme täglich bei der Akkordarbeit abgerissen wurden. Die Kollegen führten dies auf die äußerst schlechten Arbeitsbedingungen und das Arbeitstempo zurück. Einige Beispiele erschienen auch tatsächlich in Bild. Aber welche Ursachen wollte "Bild" dem Leser einreden? Die Unfälle seien auf faule und besoffene Arbeiter zurückzuführen! (dies stand sogar in der Überschrift lautete)

VORANKÜNDIGUNG

FÜR DIE NÄCHSTE AUSGABE VON VORAN SIND UNTER ANDEREM FOLGENDE GRÖßERE ARTIKEL VORGESEHEN:

spd

Die SPD von den 50er Jahren bis zum Hamburger Parteitag. Wie geht es weiter ?

1977

Rückblick auf das Jahr aus der Sicht der internationalen Arbeiterbewegung

kkw

Kernkraftwerke und Gefahren, Sichere Arbeitsplätze ?

portugal

Was ist aus der portugiesischen Revolution geworden ? Wohin treibt Portugal ?

Wallraff zeigt, wie es unmöglich ist, einen Standpunkt in seinen Artikeln zu vertreten, der unabhängig von dem Klassenstandpunkt Springers war, egal ob das eine Fälschung von Nachrichten voraussetzt oder nicht. Wallraff Erfahrungen machen klar, daß die von den Kapitalisten immer so großartig verteidigte "Pressefreiheit" absoluter Quatsch ist und in der Praxis offenbar garnicht existiert. Wenn ein Reporter versucht, die Wahrheit ehrlich darzustellen - was fast immer den Interessen der Bosse schaden würde - wird einfach gestrichen. "Bloß keine sozialen Probleme reinbringen" - das bekam auch Wallraff immer wieder zu hören. Der Film zeigt, daß Sozialisten und Arbeiter sich nie auf die bürgerliche Presse verlassen können sondern von ihr nur belogen und betrogen werden. Nur eine Zeitung, die von und für Arbeiter geschrieben und auch durch ihr Geld (nicht durch die Millionen-Werbung der Großunternehmen) unterstützt wird, kann die teilweise grausame Wahrheit dieses Systems und eine Alternative aufzeigen. Also, VORAN zu einer größeren und besserer Zeitung!

Ein Kölner Leser

Das IUSY-Kamp in Stuttgart im August hat bewiesen, daß die Internationale Arbeiterjugendbewegung nicht tot ist, vor allem nicht in der BRD. Die Tradition dieser Bewegung, die ihren Beginn im Jahre 1904 hat, lebt in der Form der "Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken".

Um die politische Einstellung der Falken genauer zu beschreiben, ist es notwendig, einige Aussagen aus Papieren und Programmen zu betrachten. Hier steht allerdings eines besonders hervor: Das Dokumentationsheft zum Jahresthema 1976: "Jahr des Kampfes für die Rechte der Arbeiterkinder und der Arbeiterjugend". Dies war auch das Thema des Jahres 1977.

Hieraus einige Auszüge aus der Einführung zu diesem Heft, die eine politische Einschätzung der Falken wiedergibt. Und diese hebt sich zum Teil erfreulicherweise ab von einigen Tendenzen bei den Jusos und von politischen Meinungen der Führung der SPD und der Gewerkschaften.

"Die Sozialistische Jugend vertritt die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterkinder und der Arbeiterjugend im Kapitalismus, d. h. sie kämpft für die Verbesserungen der sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation der Lehrlinge und Jungarbeiter im Betrieb, in der Schule und Freizeit. Sie kämpft für mehr Rechte der Arbeiterkinder in der bestehenden Gesellschaft, in der Schule, in der Familie und Freizeit.

keine jugendliche Reformbewegung

Die Sozialistische Jugend tritt nicht nur für die Verteidigung der Demokratie ein, sondern fordert den Ausbau der demokratischen Rechte. Dabei sind wir uns voll bewußt:

Die Sozialistische Jugend ist keine jugendliche Reformbewegung. Vielmehr besteht für uns eine Einheit zwischen Reformen und der Umwälzung des kapitalistischen Systems. Das Ziel ist die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, der Aufbau des Sozialismus. Die Falken leisten Erziehungs- und Bildungsarbeit im Sinne der Arbeiterbewegung. Unser oberstes Erziehungsziel muß die Fähigkeit zur Klassenkämpferischen Handeln und zur Arbeitersolidarität sein. Wir wissen, daß es keine neutrale Erziehung gibt und weisen deshalb diese Vorstellungen als bürgerliche Ideologie zurück".

Wie sieht nun dieser Kampf für die demokratischen Rechte, das Eintreten für die Beseitigung des Kapitalismus, und des Aufbaus des Sozialismus, die Erziehungs- und Bildungsarbeit aus?

Dazu muß man sich dieser Verband, in der Struktur etwas ansehen. Im Gegensatz zu den Jusos besteht die Mitgliedschaft zum größten Teil aus Lehrlingen und Jungarbeitern, dann zum geringeren Teil aus Schülern und Studenten.

Der Kampf nach außen wird durch Kampagnen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für das Recht auf Bildung und anderen Themen durch

Die Falken und die Arbeiterbewegung



Veranstaltungen und Demonstrationen geführt. Viele der Lehrlinge und Jungarbeiter sind in der Gewerkschaft und zum Teil in der SPD aktiv, und kämpfen und arbeiten dort für ihre Ideale. Aber warum nur zum Teil in der SPD?

Falken und SPD

Da die Falken eine weitgehend eigenständige Organisation sind, und nicht in den Apparat einer Partei integriert sind, betrachten sie, da sie an die Sozialdemokratie aufgrund der Tradition orientiert sind, die SPD manchmal wohlwollend, meist aber skeptisch und kritisch, vor allem seit Beginn der wirtschaftlichen Krise. Die zeigt sich auch durch eine Aussage im obengenannten Heft: "Die wirtschaftliche Krise in der BRD geht Hand in Hand mit einer politischen Rechtsentwicklung von bedrohlichen Ausmaßen. Der steigende Einfluß der Unionsparteien und ihrer rechten Ableger dokumentieren dies deutlich.

Hexenjagd

Die zunehmende Unsicherheit der Bevölkerung liefert den Nährboden für das Aufblühen reaktionärer Tendenzen. Zunehmender Antikommunismus erschwert die Arbeit der Sozialisten; die verschärfte Anwendung der Berufsverbote, Kontrolle von Rechts über Presse, Funk und Fernsehen bereiten systematisch den Boden vor, auf dem die Saat der Reaktion

gedeiht. Ein Klima der Hexenjagd auf Linke soll hergestellt werden; ein Klima, in dem Reformen jeglicher Art abgewürgt und alle sozialistischen Ansätze verteuftelt werden können...

...In dieser Situation hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung versagt. Nicht nur, daß sie zuließ, daß fast jeder Reformansatz zerstört wurde, verweigerte sie auch noch der arbeitenden Bevölkerung die Aufklärung darüber, welche gesellschaftlichen Bedingungen Ursachen für Inflation und Massenarbeitslosigkeit sind, welche sozialen und politischen Machtverhältnisse zum Scheitern der geplanten Reformpolitik geführt haben. Stattdessen hängt die Mehrheit der Sozialdemokratie der Ideologie der "Volkspartei" an. Sie glaubt an die Existenz von Klassenharmonie und Sozialpartnerschaft. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wälzt die Krisenlast einseitig auf die Arbeitnehmer-schaft ab."

Man kann aus diesen Sätzen herraus hören, wie die Falken die politische Situation einschätzen und welche Meinung sie zur Bundesregierung und SPD haben. Aber man erkennt auch einige kleine Widersprüchlichkeiten. Betrachten wir erstmalig die allgemeine Einschätzung der Falken zur Situation in der BRD. Es läßt sich hier Angst, leichte Resignation und eine gewisse Perspektivlosigkeit

erkennen. Gleichzeitig herrscht eine gewisse Unsicherheit in der Bevölkerung. Diese Unsicherheit entspringt aus der oben erwähnten wirtschaftlichen Krise. Und sicherlich können vorübergehend viele Arbeiter rückständigen Ideen auf den Leim gehen. Denn es ist eine Sache aber auf einem ganz anderen Blatt, ob diese Gesetze auch gegen den Widerstand von Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter durchzusetzen sind.

Gegenwärtig ist die alte Reformbegleitung von 1972 völlig verschwunden. "Erreichtes bewahren!" heißt die Parole von Helmut Schmidt. Schon werden soziale Errungenschaften angeknabbert (Renten, Gesundheitswesen, Bildung). Und in den nächsten Jahren - dies pfeifen die Spatzen schon von den Dächern - werden alle Sozialleistungen unter den Rotstift fallen.

Besonders eine zukünftige CDU-Regierung würde eine konsequente Sparpolitik betreiben und damit auch manchen rückständigen Arbeitern die Augen öffnen, wenn sie immer noch glauben, die CDU/CSU könnte sie wieder in alte Zeiten zurückführen, zu den "goldenen 60er Jahren!"

Es gibt für die Mehrheit der Arbeiter keine andere Wahl als die SPD, und wenn ihre Führung nicht mehr die Interessen der Basis vertritt, dann brauchen wir eine andere mit einem neuen Programm. So wird es unvermeidlich

SPD und Kapital



"Die Situation der Partei ist erstens durch eine zunehmende Ausdünnung der sogenannten Aktivenstruktur gekennzeichnet. Immer weniger Genossen beteiligen sich aktiv an der Ortsvereinsarbeit oder an Wahlkämpfen. Die Situation ist zweitens durch eine zunehmende Sprachlosigkeit der Partei bei der Beantwortung so zentraler Fragen wie derjenigen, die Arbeitslosigkeit, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit betreffen, gekennzeichnet. ... wenn ich an das Rentendeckel erinnere. Dies war aus meiner Sicht nur der Beginn einer Kette von Widersprüchen, die die Glaubwürdigkeit der SPD - Ursachen waren also nicht die Jusos oder unausgelegene Bezirksbeschlüsse - in Frage gestellt haben."

Mit solchen und ähnlichen Worten beschrieb der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der SPD Günter Jansen in einem Diskussionsbeitrag auf dem Hamburger Parteitag die gegenwärtige Lage der SPD. Damit brachte Jansen das zum Ausdruck, was vielen SPD-Mitgliedern auf der Zunge liegt. Selbst noch so gute Worte aus dem Munde unserer Parteiführung können nicht darüberhinwegtäuschen, daß die brennenden Probleme der Arbeiter, der arbeitenden und lernenden Jugendlichen, wie auch die meisten Rentner in keiner Weise aus der Welt geschafft werden. Jedenfalls hat der Parteitag kein entsprechendes Zeichen gesetzt. Allenfalls war es ein Parteitag der Durchhalteparolen, der Ratlosigkeit.

FÜHREN KOMPROMISSE WEITER? TEIL 1

Hans-Gerd Otinger

Dies hat auch die großbürgerliche "Frankfurter Allgemeine" zur Rede Helmut Schmidts auf dem Parteitag vermerkt: "Natürlich konnte der Bundeskanzler vor den Delegierten keinen sicheren Weg zur Überwindung der aktuellen Schwierigkeiten verkünden, er kann kein neues atemberaubendes Programm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit anbieten. Mancher Delegierte mag enttäuscht sein, woran er mit diesem Kanzler ist" (17. 11. 77) In der Tat waren Helmut Schmidts Bekenntnisse zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der BRD eindeutig und es war auch nicht zum ersten Mal, daß eine bürgerliche Zeitung wie die FAZ wohlwollende Worte über einen sozialdemokratischen Bundeskanzler verlor. Aber ein denkender Arbeiter, der die Politik der Parteiführung in den letzten Jahren einmal etwas genauer unter die Lupe nimmt, muß sich doch nach diesem Parteitag fragen, was denn aus dieser Partei geworden ist. Wie kommt es, daß diese über 100 Jahre alte Massenpartei der deutschen Arbeiterbewegung eine Führung hervorbringt, die im Zweifelsfalle doch die Herrschaft des Kapitals unangetastet läßt. Was wird aus dieser Partei in den nächsten Jahren werden? Und können wir, so fragen sich wohl manche Mitglieder der SPD, denn überhaupt noch mit dieser Partei eine sozialistische Gesellschaftsordnung erreichen? Denn solange es wirtschaftlich bergauf ging in

der BRD und der Lebensstandard ständig stieg, hat man klar zu machen versucht, daß nun der Sozialismus überflüssig sei, weil ja der Kapitalismus mehr und mehr in der Lage ist, durch Reformen den allgemeinen Wohlstand immer weiter anzuheben. Es komme nur darauf an, im Rahmen des Gegebenen das Bestmögliche herauszuholen.

Krise

In Krisenzeiten heißt und hieß es jedoch immer: Jetzt dürft ihr auf keinen Fall den Sozialismus fordern, denn das hieße Chaos. Wir müssen erstmalig die Krise beheben, ehe wir an den Sozialismus überhaupt nur denken können. So kamen die Krisen und gingen wieder (auf dem Rücken der Arbeiter natürlich) ohne daß wir dem Sozialismus nur einen Schritt näher gekommen wären. "Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe", so heißt es verheißungsvoll im Orientierungsrahmen '85. Soll das heißen, daß unsere Parteiführung den Sozialismus dauerhaft aufgegeben hat? Sollen wir warten bis zum Sankt Nimmerleinstag und bis dahin munter das kapitalistische Chaos verwalten? Die SPD war in den letzten Jahrzehnten - von kurzen Zeitspannen abgesehen - immer die Partei, die die große Mehrheit der Arbeiter in der BRD hinter sich vereinigen konnte. Damals wie heute steckt sie jedoch in einer widersprüchlichen Lage: Auf der einen Seite ist sie der Ausdruck von Hoffnungen von Generationen von Arbeitern auf eine bessere Zukunft mit gesichertem und menschlichem Dasein ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

einen neuen Zustrom zur SPD geben. Denn dies zeigt auch die Geschichte: die deutsche Arbeiterklasse hat immer wieder in Krisenzeiten ihre traditionelle Massenpartei, die SPD, auf die Probe gestellt und wird dies auch in Zukunft tun.

Angst der Herrschenden

Die Hexenjagd auf Linke, auf Gesellschaftskritiker, die Anwendung von Berufsverboten haben nur augenscheinlich etwas mit einer Rechtentwicklung zu tun. Es sind ganz normale Maßnahmen des Kapitals, um gerade in Krisenzeiten Kritik zu vermeiden. Denn sie wissen ganz genau, daß in solchen Zeiten die Angst, die "Unsicherheit" wächst, damit aber auch die Bereitschaft zur Kritik und zum Aufbegehren. Das heißt die Vertreter des Kapitals haben nichts anderes als Angst, Angst um ihre eigene Zukunft, um dieses Gesellschaftssystem, das ihre Interessen so hervorragend vertritt. Und wenn man dies erkennt, braucht man keine Angst um das Wachsen der Arbeiterbewegung, um die Erreichung der Ziele des Sozialismus zu haben. Ganz im Gegenteil, man kann, da man die Angst der Herrschenden erkennt, zuversichtlich in die Zukunft sehen.

Minimal und Maximalprogramm

Die Falken erkennen ganz richtig das Versagen der SPD in dieser Situation. Sie erkennen einerseits, daß diese Reformen nicht im Kapitalismus zu erfüllen sind. Dies ist ganz richtig und wie die Falken auch sagen, ist es die Aufgabe der SPD dies und die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Veränderung aufzuzeigen. Gleichzeitig sagen aber auch die Falken, diese Reformen wären doch zu erfüllen, wenn sie nur nicht von den Rechten verhindert werden. Sicher ist richtig, daß die SPD mit einer solchen Politik, wie sie in der Regierung praktiziert wird, kein Bein auf den Boden bringt. Die Krise kann letztendlich nur auf Kosten der Arbeiter gelöst werden - deshalb sind Reformen zum Scheitern verurteilt. Die Falken stehen zweifellos hundertprozentig hinter jedem Reformvorhaben - aber nur mit der Forderung nach Reformen, ohne den Zusammenhang zwischen der Durchführbarkeit von Reformen und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu zeigen, kommen sie auch nicht weiter. Die Forderung "Recht auf Bildung" oder "Für jeden einen Arbeitsplatz" wird beispielsweise, wie wir bereits gesehen haben, auch nicht verwirklicht.

Die Falken stellten in ihrer 1. Mai Ausgabe der "Arbeiterjugend" von 1976 die Forderung: "Tragt den Sozialismus in die Gewerkschaften!" Dies ist völlig richtig und wichtig. Aber warum nur in die Gewerkschaften? Wieso gibt es in der SPD nicht auch Mitglieder wie ebenso in den Gewerkschaften, die ihre reformistische Führung ablehnen? Es ist einfach, an die SPD

Forderungen zu stellen, aber selbst nicht dafür zu tun. Manchmal hat man den Eindruck, dieser Richtung erwarten sie noch Wunder. Dieses "Wunder" kann allerdings geschehen, nur muß man dann in dieser Partei auch etwas dafür tun. Die Falken hätten die Möglichkeit dazu jederzeit, aber die Einsicht ist noch nicht vollständig vorhanden. Sicherlich sind viele berechtigterweise von der Politik dieser Partei enttäuscht und haben sich dadurch immer mehr aus der aktiven Arbeit aus ihr zurückgezogen.

Die Falken erkennen ganz richtig, daß sie ein Teil der Arbeiterbewegung in der BRD sind. Aber sie sind eben nur ein Teil. Und deshalb fordern sie auch ganz richtig die Einheit der Arbeiterbewegung, denn nur im gemeinsamen Kampf kann man die gemeinsamen Ziele erreichen. Die Falken fordern eine konsequente Arbeiterpartei, die die Interessen der Arbeiterklasse vollständig vertritt. Und dies ist richtig, denn nur eine solche Partei kann die Einheit der Arbeiterklasse gewährleisten und sie zum gemeinsamen Kampf bewegen, die Arbeiterbewegung in Marsch setzen. Aber eine solche "konsequente Arbeiterpartei" kommt niemals aus der Luft. Sie will in zäher Kleinarbeit und mit klarer Perspektive und klarem Programm erkämpft sein. Und in den Gewerkschaften und der SPD fängt es an der Basis zu gären an. Jeder Sozialist wird gebraucht, um der SPD-Basis eine klare Alternative zur Politik der Parteiführung aufzuzeigen.

Es ist an der Zeit, daß die Falken ein Programm ausarbeiten, das die Bedürfnisse und Interessen der Arbeiterjugend und -kinder zusammenfaßt, daraus die Forderungen auflistet und eine Veränderung der Gesellschaft fordert. Die englischen Jungsozialisten haben dies erfolgreich getan, wie auf dem IUSY-Camp zu erfahren war, und gehen damit in die Labour-Party und fordern diese auf, ein ebensolches Programm für die gesamte Arbeiterklasse zu entwerfen und konsequent deren Interessen zu vertreten. Die aktiven Falkenmitglieder müssen dies hier in der SPD genauso tun, denn damit kämen die Falken in ihren eigenen Vorstellungen und in ihrer eigenen Arbeit weiter, und würden einen richtigen Schritt in Richtung Aufbau der Arbeiterbewegung, die langsam aber sicher wieder von neuem beginnt, und Sozialismus tun.

Die Falken müssen ihr Bestreben, sich in der Arbeiterbewegung noch mehr zu integrieren noch konsequenter in oben angedeuteter Weise einsetzen, denn sie sind zu wichtig und zu wertvoll, um im entscheidenden Augenblick etwas außerhalb zu stehen.

Alfred Lamp
aktives Falken-Mitglied

beste Stütze war. Nachdem jedoch die kapitalistische Krise den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden ihre Existenzgrundlage weggenommen hatte, wandten sie sich in ihrer Verzweiflung dem Faschismus zu. Der Faschismus kam an die Macht, ohne daß ein Schuß gefallen war. Die SPD-Führung hielt den Widerstand zurück mit der Begründung, Hitlers Machtantritt sei ja völlig legal über die Bühne gegangen. Die KPD-Führung betrachtete die Sozialdemokratie und nicht den Faschismus als Hauptfeind der Arbeiterbewegung und erleichterte mit dieser verbrecherrischen Politik den Sieg Hitlers über die gesplante Arbeiterbewegung.

Nach dem zweiten Weltkrieg schaffte es der Kapitalismus in der Bundesrepublik noch einmal, sich auf Jahrzehnte noch einmal zu stabilisieren. Der Faschismus hatte in der Arbeiterbewegung tiefe Wunden hinterlassen - viele der besten Kämpfer waren ausgerottet, und diese Wunden konnten erst im Laufe der Zeit wieder ausgeheilt werden. Außerdem boten die Machenschaften der stalinistischen Sowjetunion in den osteuropäischen Ländern und die Unterdrückung unabhängiger Arbeiterorganisationen für die Vertreter des Kapitals im Westen eine hervorragende Gelegenheit, um die angebliche "Überlegenheit der westlichen Demokratie gegenüber den kommunistischen Diktaturen" zu beweisen. Zum dritten befand sich der Kapitalismus tatsächlich in einer Aufschwungsperiode, die es auch erlaubte, im Laufe der Zeit große Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen und den Klassenkampf auf Sparflamme zu halten.

In dieser Zeit konnten die uralten Ideen von einem Kapitalismus, der endgültig seine Krisen überwunden hat und nun ein neues goldenes Zeitalter eröffnet, wiederaufblühen. Sie leisteten sich besonders in die Köpfe der SPD-Führung ein. So hatte der Aufschwung angeblich gezeigt, daß der Sturz des Kapitalismus gar nicht mehr notwendig sei. Der Marxismus wurde in dieser Zeit in die "Mottenkiste des letzten Jahrhunderts" verbannt, er sei ja längst überholt. Der Klassenkampf war ebenfalls verpönt, was galt, war Sozialpartnerschaft, friedliches Nebeneinander von Arbeitern und Kapitalisten.

Andererseits jedoch hat das Kapital in Krisenzeiten immer wieder durch Druck auf die Parteiführung die Arbeiterbewegung zurückgehalten und die Durchsetzung berechtigter Forderungen verhindert. Im Zweifelsfall haben sich die führenden Genossen unserer Partei dann auch liebend den Erpressungsversuchen des Kapitals gebeugt, als daß sie die millionenfache Anhängerschaft in den Betrieben mobilisiert hätten. Dieser Widerspruch allein muß letzten Endes zu scharfen und krassen Spannungen zwischen der Führung und der Basis in der Arbeiterbewegung führen.

Weltkrieg und Weimar

So war es 1914, als das Parteiorgan "Vorwärts" am 25. Juli einen flammenden Appell des Parteivorstandes gegen den imperialistischen Krieg und für Völkerverständigung abdruckte und wenige Tage später die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich der allgemeinen Kriegspropaganda anschloß und die Kriegskredite bewilligte. 1918 bis 1921, 1923 und schließlich wieder ab 1929 hat die Arbeiterklasse wiederholt ihre Bereitschaft gezeigt, endlich mit der kapitalistischen Herrschaft Schluß zu machen. Die Versuche der herrschenden Klasse, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, haben den Widerstand und die Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse gesteigert - so beim Kapp-Putsch 1920, der in wenigen Wochen zusammenbrach und auch 1932, als die Faschisten die preußische SPD-Landesregierung in einem kalten Staatsstreich absetzten und die Parteiführung absolut nichts unternahm, um dagegen zu mobilisieren. Am meisten war den führenden Genossen der Partei damals daran gelegen, jegliche Unruhe im Volk möglichst klein zu halten und bei bürgerlichen Parteien koalitionsfähig zu erscheinen. Von den 170 Monaten der Weimarer Republik war die SPD 44 Monate lang an Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien beteiligt. Diese Regierungsbeteiligung reichte jedoch aus, um die SPD in den Augen vor allem der Mittelschichten in Mißkredit zu bringen, weil sie ja diesen Staat begündet hatte und seine

NAZIS

Osanbrück, Freitag, den 16. September 18, 50Uhr

Mehr als 5000 Menschen haben sich auf der Fußgängerzone "Große Straße" versammelt. Als es auf 19Uhr zugeht, wird die Stimmung immer angespannter, denn für 19Uhr planen die faschistischen "Jungen Nationaldemokraten" an dieser Stelle eine Kundgebung. Es spricht sich die Meldung herum, daß einige Faschisten unterwegs sind. Um 19Uhr tauchen sie in 50 Meter Entfernung auf. Plötzlich marschieren sie schnell nach vorne auf uns zu, als der Ruf "Narzis raus" ertönt. Wir haben das kleine Grüppchen von etwa 20 Faschisten sofort völlig eingekreist. Die Braunhemden fangen an, mit ihren Lautspre-

chern ihre Propaganda herauszutönen. Gleichzeitig strömen 350 Polizisten von allen Seiten her auf den Platz zu und drängen uns von dem Nazi-Pöbel zurück.

Schlagstöcke werden gezogen, und man trägt ein Mädchen mit verletztem und blutendem Auge weg. Die Polizei schützt die Faschisten vor unserer Wut und hat sich in einer dichten Kette vor uns gestellt. Hinter uns trommeln einige Polizisten auf ihren Schutzschildern herum - sie jedenfalls können einen eher einschüchtern als die Bande, die sie schützen sollen.

Am gleichen Wochenende führen die Faschisten ihren Bundeskongress durch. Der Kongress wurde ebenfalls gut von der Polizei geschützt - nicht nur vor den Türen. Polizisten standen auch bei den von den "Jungen Nationaldemokraten" gestellten Saalordnern.



Was ist Faschismus

Arnd Schreiber

In der Nummer 18 von Voran untersuchten wir genau die Reaktion und betonten die Notwendigkeit, sorgfältig die Art eines reaktionären Regimes zu beschreiben. Denn es ist unter vielen Linke Mode, das Wort "Faschismus" pauschal für alle Gewaltherrschaften und Gewalttaten zu benutzen. Voran wirft nicht leichtsinnig mit solchen Wörtern herum - nicht weil wir pedantisch sind, sondern weil eine erfolgreiche Heilung von einer gewissenhaft genauen Diagnose abhängig ist. Für uns ist die chilenische Pinochet-Diktatur eher eine Militärdiktatur als eine faschistische. Damit wollen wir nicht sagen, daß Pinochet und seine Gangster es weniger verdienen von den Arbeitern gelyncht zu werden als ihre Vorbilder Hitler und Mussolini. Aber wir unterscheiden zwischen einem Militärputsch und einer faschistischen Machtergreifung. Sicherlich stützen sich beide auf die Organe des Staates aber eine faschistische Machtergreifung bedeutet breite und massenhafte Unterstützung unter der Bevölkerung. Diese Massenbasis setzt sich großteils zusammen aus Kleinbürgern, die vom Großkapital gelenkt und finanziert werden - als Waffe gegen die Arbeiterbewegung, obwohl sie selbst durch die kapitalistische Krise ruiniert sind.

"Unter den Bedingungen der kapitalistischen Fäulnis und wirtschaftlichen Ausweglosigkeit aber versucht die Kleinbourgeoisie, sich den Fesseln der alten Herren und Meister der Gesellschaft zu entwinden. Sie ist durchaus fähig, ihr Schicksal mit dem des Proletariats zu verknüpfen. Hierzu ist nur eines erforderlich: Das Kleinbürgertum muß die Überzeugung gewinnen, daß das Proletariat fähig ist, die Gesellschaft auf einen neuen Weg zu führen." (Aus L. Trotzki "Der einzige Weg")

Dem Kleinbürgertum anschließen können sich in diesem Moment Teile des sogenannten Lumpenproletariats. Marx und Engels schreiben dazu bereits vor 130 Jahren im Kommunistischen Manifest "Das Lumpenproletariat, diese massive Verfaulung der untersten Schicht der alten Gesellschaft, wird durch die proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwillig sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen."

durchaus für die Arbeiter abfallen, ebenso eine stabile bürgerliche Demokratie, die bei den Massen die Illusion erwecken soll, daß sie auch etwas zu sagen haben. Der Faschismus ist immer das letzte Hilfsmittel, der letzte Ausweg für die Herren des Kapitals, die ihr Eigentum mehr lieben als die Demokratie. Denn obwohl ein faschistischer Staat als Agent des Großkapitals handelt, kontrolliert ihn das Großkapital nicht direkt. Der Kapitalismus bringt den Faschismus hervor, und der Hebel zur Bekämpfung des Faschismus liegt in den Händen der Arbeiterklasse, d.h. letztendendes in der Politik ihrer Führer. Nur die Arbeiterklasse kann einen echten Ausweg aus der Krise anbieten, in die die Mittelschichten hineingetrieben werden. "Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse." (Kommunistisches Manifest)

Der Faschismus hat nur dann eine Chance, wenn die Arbeiterklasse sich als völlig unfähig erweist, das Schicksal der Gesellschaft in ihre eigenen Hände zu nehmen. Wenn die Arbeiterklasse versagt, drohen schreckliche Konsequenzen.

"Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten und Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die psychische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbstständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten." (Aus L. Trotzki Was Nun)

Doch der Faschismus bringt auch den Mittelschichten keine Lösung ihrer Probleme. In Deutschland ebnet er den Weg für die erbarmungsloseste Diktatur des Monopolkapitals. Nachdem er auf dem Rücken des Kleinbürgertums die Macht erobert hatte und als Freilock gegen die Arbeiterklasse benutzt hatte, ging Hitler daran, es zu entmündigen, sein Ursprüngliches "Programm" zu unterdrücken und alle Leut zu unterdrücken, die an das alte radikale und demagogische Programm erinnerten. Selbst die Vereinigung der mittelständischen Händler hatte zuerst naive Hoffnungen, daß Hitler die Großindustrie, wie es ihr Programm versprochen war, verstaatlichen würde. Nach kurzem jedoch wurde auch die Vereinigung aufgelöst, und die Herrschaft der Krupps, Thyssen und anderer blieb unangestastet.

Aber schon Marx und Engels haben hier gesehen, daß diese Schichten in Krisenzeiten auch durchaus sich der Arbeiterbewegung anschließen können. Die Kapitalisten ermutigen und bewaffnen offen die Faschisten aber erst dann, wenn ihre normalen Hilfstruppen, nämlich Polizei und Militär, es nicht mehr schaffen, die liberale bürgerliche Demokratie aufrechtzuerhalten. Die herrschende Klasse ist nicht von Natur aus faschistisch und will auch nicht um jeden Preis die Arbeiterklasse gewaltsam unterdrücken. Sie bevorzugt eine ruhigen normalen Klassenkampf, in dem einiger Brocken des Kochens

FEUERWEHRLEUTE FÜR HÖHEREN LOHN

Zunehmende Streikbewegung in England

Die wieder zunehmende Streiktätigkeit der britischen Gewerkschafter ist ein klares Zeichen für wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung, für ihre Unzufriedenheit mit der Gewerkschaftsführung und der Lohnpolitik der Labour-Regierung.

Die Gewerkschaft der Feuerwehrmänner FBU (Fire Brigades Union) ist das hier das aktuellste Beispiel. Gleichzeitig ist dieser Streik der Feuerwehrleute der erste Fall, bei dem es um eine höhere Lohnforderung geht als die von Regierung und Gewerkschaftsführung im diesjährigen Sozialabkommen vereinbarten 10%.

Leere Versprechungen

Die Feuerwehrleute fordern schon seit Jahren mehr Lohn- bis jetzt haben sie aber nur leere Versprechungen bekommen und sind jedesmal verschaukelt worden. Und das, obwohl sie einer der gefährlichsten und nervenaufreibendsten Berufe ausüben. Sie haben mindestens eine 48-Stunden-Woche und rund um die Uhr Bereitschaftsdienst. Doch ihr Verdienst beträgt umgerechnet nur ca. 750,- DM netto im Monat!

"unmoralischer Streik"?

Trotz der Tatsache, daß es den Feuerwehrleuten sehr wohl bewusst ist, daß durch ihre Arbeitsverweigerung vielleicht Menschen umkommen, sehen sie keine andere Möglichkeit.



Natürlich versucht die bürgerliche Presse, die öffentliche Meinung gegen diesen angeblich "unmoralischen Streik" zu mobilisieren. Wann hat sie jemals über "unmoralische" Bosse geschrieben, die z. B. wegen unzureichender Ausführung von Sicherheitsvorschriften etliche Kollegen auf dem Gewissen haben? Wieviel "moralischer" ist denn die Regierung, die durch ihre Weigerung, den Feuerwehrleuten einen angemessenen Lohn zu zahlen, den Streik und seine Folge provoziert hat? Oder, wie ein Vertrauensmann der Feuerwache in Brixton sagte: "Es ist uns auch sehr schwer gefallen, die Arbeit niederzulegen. Wir haben lange darüber diskutiert ... Mit unserem Gewissen ist schon alles in Ordnung. Aber geht mal ins Geschäft, dann wirst Du feststellen, daß man für Gewissen keine Lebensmittel kaufen kann." Dieser Streik der Feuerwehrleute ist ein Beispiel für die wachsende Kampfbereitschaft der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Kleine und Mittlere Unternehmen im Streik

Eine steigende Zahl vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen werden derzeit in England von einer Streikwelle überschwemmt, meist für höhere Löhne oder die Anerkennung einer Gewerkschaft im Betrieb. Arbeiter der Firma Descouters im Norden Londons streiken zum Beispiel für die Aner-

kennung ihrer Gewerkschaft, ebenso wie die Arbeiter bei "Grunwicks" in London, die in den letzten Monaten auch international Schlagzeilen gemacht haben. Beide Fälle sind ziemlich ähnlich: die Belegschaft setzt sich überwiegend aus unterbezahlten asiatischen Einwanderern zusammen, die unter schlechtesten Bedingungen arbeiten müssen; beide Streiks werden von Gewerkschaftern im ganzen Land unterstützt.

Diese Arbeiter sind ebenso entschlossen wie die Feuerwehrleute, bis zum Sieg durchzuhalten - bei "Grunwicks" läuft der Streik jetzt bereits 14 Monate!

Polizei fordert Streikrecht

Selbst die Polizei in England wird allmählich in Arbeitskämpfe einbezogen: im Juni hat die Vereinigung der Polizei (Police Federation) auf ihrer Konferenz das Streikrecht gefordert - und zwar nachdem die Regierung im vorigen Jahr ihre 6%ige Lohnforderung abgelehnt hatte. (Das durchschnittliche Einkommen eines Polizisten liegt um 27% unter dem in der Industrie!)

Dies sind nur einige wenige Beispiele für die wachsende Aktivität der britischen Arbeiterbewegung.

Sozialabkommen brüchig

Das Sozialabkommen zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung zur Begrenzung der Lohnsteigerung, das jetzt im dritten Jahr läuft, erweist sich immer mehr als brüchig. Den erhofften und versprochenen Aufschwung hat es nicht gebracht - jedenfalls nicht für die Millionen Arbeiter und ihre Familien. Stattdessen fielen Realeinkommen und Lebensstandard beträchtlich.

Die massenhafte Unterstützung, die die Feuerwehrleute aus der gesamten Bewegung erhalten haben (in den ersten drei Wochen wurden schon 10.000 Solidaritäts-Unterschriften gesammelt!), zeigt, daß die Arbeiter nicht bereit sind, sich mit dieser Situation abzufinden.

Josef Ball

GRIECHENLAND

VORMARSCH DER SOZIALISTEN

Angela Bankert
Kurt Pfeiffer

Die jüngsten Parlamentswahlen in Griechenland zeigen ganz klar die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der konservativen Regierung Karamanlis. Er büßte (prozentual) seine absolute Mehrheit ein - nicht jedoch im Parlament: dort hält seine "Neue Demokratie" immer noch 174 der 300 Sitze. Dies enthält schon eine der vielen Besonderlichkeiten im griechischen Wahlgesetz. Trotzdem ist es der "Panhellenischen Sozialistischen Bewegung" (PASOK) unter Papandreu gelungen, ihren Stimmenanteil zu verdoppeln! Die PASOK ist damit der große Sieger dieser Wahl - für viele überraschend. Während die "Neue Demokratie" und die liberal-kapitalistische "Zentrumsunion" insgesamt 83 Parlamentssitze verloren, konnten die beiden Arbeiterparteien PASOK und Kommunistische Partei zusammen 82 Sitze hinzugewinnen.

Doch so überraschend ist dieses Wahlergebnis für aufmerksame Beobachter nicht: in der westlichen bürgerlichen Presse ist zwar die Krise in Griechenland in den letzten 3 Jahren totgeschwiegen worden; dort war immer nur von der stabilen Karamanlis-Regierung mit der größten parlamentarischen Mehrheit Europas die Rede. Doch dies stellt eine totale Verdrehung der Tatsachen dar! Schon die letzten 40 Jahre stellten einen einzigen blutigen Kreislauf von Revolutionen - brutaler Unterdrückung - heldenhafter Widerstand der Arbeiter - wieder neue revolutionäre Situationen dar.

Sturz der Diktatur

Die letzte Diktatur der Militärs wurde 1974 aus den Angeln gehoben.

Nach dem Rücktritt der Obristen konnte Karamanlis gar nicht schnell genug aus seinem Exil in Frankreich zurückgeholt werden. Er war bereits in den Jahren 1955-63 als eine Art Halbdiktator an der Macht gewesen und schien den Herrschenden nun der einzige Garant für die Wiederherstellung der ins Wanken geratenen kapitalistischen Ordnung zu sein. Denn in einem wahren Freudentaumel nach dem Sturz der Militärs strömten Millionen auf die Straßen; der Staatsapparat zerfiel und war ohne Führung; Polizisten versuchten verzweifelt, unterzutauchen; Offiziere mußten sich in ihren Barracken einschließen, um sich vor ihren eigenen Truppen zu schützen.

Mit einer entschlossenen Führung hätten die Arbeiter in dieses Macht-Vakuum stoßen und ohne jedes Blutvergießen die Regierung übernehmen können.

Doch die Herrschenden waren besser vorbereitet: nach der Rückkehr von Karamanlis sammelte dieser hastig Monarchisten, ehemalige Junta-Anhänger, sogenannte "Demokraten des Widerstands" und Konservative um sich und gründete damit seine "Neue Demokratie", mit der er dann bei der ersten Wahl 1974 54% der Stimmen gewann. Dies war jedoch nur möglich durch manipulierte Wahllisten aus der Zeit der Diktatur, dadurch, daß die Jugendlichen unter 21 Jahren sowie Hunderttausende von Gastarbeitern und Studenten bzw. bekannte Widerständler im Exil von der Wahl ferngehalten wurden. Nicht zuletzt wirkte auch die Drohung: "Ich oder die Panzer!" besonders auf rückständigere Schichten in der Bevölkerung.

Arbeiterparteien

Die einzige Arbeiterpartei in den Jahren der Diktatur war die kommunistische Partei, die im Untergrund arbeitete. In dieser Periode kam es zu schweren Spannungen, die von ihrem Verrat 1967 herrührten, als sie selbst in Anbetracht des sich deutlich abzeichnenden Militärcoups noch die Massen beruhigten und in keiner Weise gegen die Reaktion mobilisierten (Nach dem Motto: "Nur nicht die Reaktion provozieren!"). Es kam im Untergrund zur Spaltung in eine moskautreue (KP exterior) und eine eher eurokommunistisch orientierte (KP interior) Partei. Nach dem Sturz der Diktatur waren jedoch beide völlig unvorbereitet. Ihre einzige Perspektive war die einer Kollaboration mit Karamanlis. So rief z. B. Eliou, ein Führer der EDA (Frontorganisation der KP aus der Untergrundzeit) zur "Unterstützung der Anstrengungen von Karamanlis" auf und bat seine Anhänger um "Geduld und Vorsicht"! Zu dem war der Verrat von '67 noch zu frisch in der Erinnerung, so daß beide KPs nach dem Sturz kaum eine Rolle spielen konnten. In dieses Vakuum bei der Linken stieß Papandreu mit der Gründung seiner "panhellenischen Sozialistischen Bewegung" (PASOK). Papandreu ist Sohn eines ehemaligen Führers der Zentrumsunion und führte selbst vor der Diktatur deren linksliberalen, radikaldemokratischen Flügel an. Seine Position war damals anti-monarchistisch und anti-militaristisch, so daß er hohe Popularität in den Augen

vor allem vieler Jugendlicher genoß. Die PASOK erhielt auch sofort nach ihrer Gründung massenhaften Zulauf, da sie für viele Arbeiter und Jugendliche die erhoffte Alternative darstellte. Sie kam bei den ersten Wahlen '74 gleich auf knapp 13% und war damit drittstärkste Partei.

Papandreu, Harvard-Wirtschaftsprofessor, gab äußerst radikale Töne von sich, sprach von sozialistischer Revolution und grenzte sich scharf von der westeuropäischen Sozialdemokratie ab. Die PASOK war zu dieser Zeit wohl zweifellos die linkeste Massenpartei Europas.

PASOK

Doch sie war keine eigentliche Partei sondern mehr eine Sammlungsbewegung um Papandreu. Interne Demokratie war sogar wie nicht vorhanden. Papandreu war mehr oder weniger unumschränkter Herrscher: er schloß fast den gesamten marxistischen Flügel aus, löste ganze Ortsgruppen auf, die ihm un bequem wurden, setzte willkürlich Vorstände ein, in einzelnen Fällen besetzte er sogar Parteifunktionen durch Nichtmitglieder. Überregionale Koordinationsorgane gab es nicht, der erste Parteitag fand erst in diesem Jahr statt. Sein politischer Kurs war eine einzige Zick-Zack-Linie: er schwankte von radikalen sozialistischen Forderungen bis hin zur nationalistischen Kriegshetze gegen die Türkei. Dadurch enttäuschte er Tausende von Mitgliedern die die Partei verließen. So schrumpfte die PASOK zeitweise auf 1/10 ihrer Mitgliedschaft zusammen! Doch für Millionen außerhalb der Partei, die diese direkten Erfahrungen mit Papandreu nicht gemacht haben, bleibt er noch immer die große Hoffnung.

WAHLERGEBNISSE

Parteien	Sitze '74	Vgl. '74	% '77	% '74	absol. Stimm x 1000
Neue Demokratie (Karamanlis)	174	-41	41,9	54,0	2.123
PASOK (Papandreu)	91	+76	25,3	12,0	1.283
Zentrumsunion	15	-42	12,0	23,0	608
Kommunistische Partei (moskautreue)	11	+6	9,3	7,0	470

Klassenkampf

Schon kurz nachdem Karamanlis an die Macht kam überzog eine Streikwelle nach der anderen das Land. Die Versuche von Karamanlis, mit seiner Mehrheit im Parlament Gesetze zu verabschieden, die Streiks praktisch zu verbieten wurden von den Arbeitern einfach ignoriert. Die Streik-Statistik zeigt dies deutlich: 1975 waren 380.000 im Streik, 1976 wuchs die Zahl auf 1.250.000 und schon im ersten Halbjahr '77 sind es weit über 1 Million - das bei einer Gesamtbevölkerungszahl von nur 9 Millionen! Die Arbeitskämpfe erfaßten alle Bereiche: Stahl, Schwerindustrie, Transportwesen, Banken, Bergbau, öffentlicher Dienst, Telefongesellschaften, usw.

In dieser Lage war die Regierung sogar zu starken Eingriffen in die Privatwirtschaft gezwungen: Luftfahrtgesellschaften, Banken und Ölfabriken wurden verstaatlicht, umfangreiche Aktienanteile in Reihe anderer Industriebereiche erworben. Dies stellt jedoch nur eine große Rettungsaktion am Krankenbett des griechischen Kapitalismus dar und widerspiegelt die Furcht vor dem totalen Zusammenbruch der Wirtschaft.

Auch die Bauern, die noch einen relativ hohen Anteil der Bevölkerung ausmachen, wurden zunehmend radikalisiert. Im Sommer '76 blockierten 10.000 Traktoren die Straßen; die Bauern forderten höhere Preise für ihre Produkte. Allein am 1. Mai '76 waren über eine halbe Million Arbeiter auf den Straßen.



Streikende Telefonarbeiter in Athen

Die vorrevolutionäre Situation in Griechenland wird sich auch in Zukunft weiter zuspitzen! Die neue Regierung Karamanlis wird noch instabiler sein als die bisherige, in Anbetracht zunehmender Radikalisierung aller Schichten der Bevölkerung und anwachsender Streiktätigkeit. **Perspektiven**

Die herrschende Klasse ist sich schon jetzt nicht einig, wie sie dem begegnen soll. Sie schwankt und kann sich nicht entscheiden zwischen brutaler Unterdrückung dieser Bewegung oder Zugeständnissen, um den Druck von unten abzufangen. Möglich ist der Versuch durch die Bildung einer Volksfrontregierung aus Arbeiterparteien und "liberaler" Zentrumsunion die Führung der Arbeiterbewegung einzubinden und mit ihrer Hilfe die Massen zu bremsen.

Doch eine solche Volksfront würde in Griechenland, mehr noch als z. B. in Frankreich, von den Arbeitern als ungeheurer Schritt vorwärts angesehen. Denn in Griechenland war noch nie in der Geschichte eine Arbeiterpartei auch nur an der Macht beteiligt, so daß der Sieg einer Volksfront mit unvorstellbarem Enthusiasmus und verstärkter Kampfbereitschaft zur Unterstützung einer solchen Regierung begleitet sein würde. Darüberhinaus könnte eine Volksfront bei der zerrütteten griechischen Wirtschaft kein Reformprogramm durchsetzen ohne den Kapitalismus grundlegend anzugreifen. Über kurz oder lang kann daher die Alternative nur "Sozialismus oder Rückkehr zur Diktatur" sein.

Die Zukunft in Griechenland liegt deshalb beim marxistischen Flügel der PASOK, der mit einem klaren sozialistischen Programm durchaus die Mehrheit der Partei gewinnen könnte und der Arbeiterbewegung einen Ausweg aus der Krise anbieten muß.

GIFTIGE DÄMPFTE NACH DER SCHULE

"VORAN" sprach mit einer 17jährigen Schülerin, die nach der Schule in einem Waschsalon als Aushilfskraft arbeitet.

VORAN: Wie lange arbeitest Du und was verdienst Du dabei?

"Ich arbeite durchschnittlich 12 Stunden pro Woche für sechs DM netto Stundenlohn. Damit komme ich also auf 72 DM in der Woche. Ich muß davon aber eine Monatsfahrkarte für 43 DM kaufen, um überhaupt an meine Arbeitsstelle zu gelangen."

VORAN: Weshalb arbeitest Du überhaupt?

"Erstens brauche ich das Geld, zweitens bin ich dann viel unabhängiger von meiner Mutter. Bei meinem Urlaub in Italien wurden mir meine ganzen Kleider geklaut und die mußte ich dann natürlich neu kaufen. Weil ich rauche, brauche ich ca. 40DM monatlich für Zigaretten, 60 bis 100DM gehen fürs Essen drauf und um abends mal wegzugehen. Ab und zu kaufe ich Bücher, ja, und dann, dann ist das ganze Geld weg."

VORAN: Wie wirkt es sich auf die Schule aus, daß Du arbeitest? Das ist doch anstrengend!

"Natürlich habe ich da viel weniger Zeit zum Lernen. Abends brauche ich ein bißchen Freizeit, gehe deswegen spät ins Bett und kann mich dann morgens in der Schule nicht mehr richtig konzentrieren."

VORAN: Wie groß ist die Wäscherei?

"Dort arbeiten nur die Pächterin (meine Chefin) und insgesamt noch drei Leute, die wie ich stundenweise aushelfen."

VORAN: Wie sieht Deine Arbeit aus?

"Die ganze Wäsche muß gewaschen, gereinigt, gemangelt, geschleudert, getrocknet und zusammengelegt werden. Die Reinigungsanlage ist ziemlich alt. Da kann es vorkommen, daß das Reinigungsmittel ("Peer") ausläuft. Die Dämpfe von diesem Mittel sind sowieso immer da. Aber wenn's ausläuft ist es besonders schlimm. Das stinkt dann furchtbar, aber nach einer Weile merkst Du das nicht mehr. Das Zeug ist ziemlich giftig. Wenn Du das 5 Minuten in einem geschlossenen Raum einatmest, kannst Du Dich vergessen."

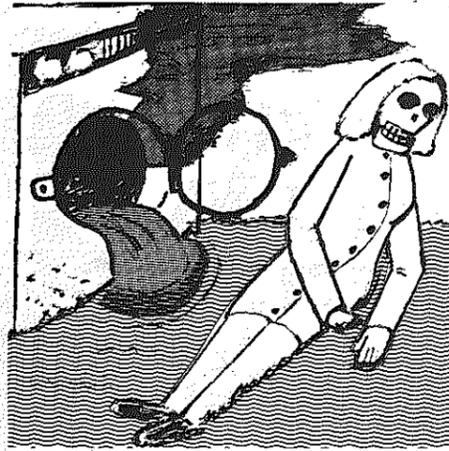
VORAN: Also wird die Türe aufgemacht?

"Ja, und das gibt dann eine starke Zugluft. Im Sommer macht das ja nichts aus. Aber jetzt wo es kalt wird, habe ich mir schon in den ersten Tagen eine starke Erkältung geholt. Die Kunden kommen halt rein, und weils so heiß und stickig ist, wegen dem Wasserdampf machen sie die Türe nicht mehr zu. Von selbst fällt sie auch nicht ins Schloß. Und wenn ich an der Mangel stehe, merke ich oft gar nicht, daß sie offensteht oder ich habe keine Zeit, hinzurennen und sie zu schließen."

VORAN: Wie wirken sich die Dämpfe aus?

"Die sind zwar nicht immer da, aber meistens. Nach einer Weile fühlt man sich wie besoffen. Man wird ganz "high", das ist ein richtiger Rausch, wir nennen ihn "Peer-Rausch". Da wird Dir ganz schwindelig und wenns ganz schlimm ist, mußst Du sogar kotzen. Meiner Chefin ist das schon öfter passiert und mir

auch einmal, nämlich als das ganze Reinigungslicht nicht viel mehr als ich, höchstens 9DM, mittel aus der Maschine ausgelaufen ist."



VORAN: Kommt das öfter vor?

"Ich habe es schon ein paar mal erlebt. Immer wenn man vergißt, eine Schraube festzudrehen, die sich laufend lockert, kommt das vor."

VORAN: Wieviel verdient Deine Chefin?

"Die arbeitet jeden Tag 11 Stunden, in der Woche mehr als 60. Früher hat sie noch mehr gearbeitet. Stundenlohn hat sie wahrschein-

Sie muß das Geld für die ganze Familie verdienen, da der Mann nur teilweise gearbeitet hat und in der Zwischenzeit gar nichts mehr tut.

Der schlägt sie manchmal, vor allem wenn er besoffen ist. Mir tut sie richtig leid und deswegen traue ich mir auch nicht richtig zu, meine eigenen Interessen durchzusetzen, zB nur einen Tag in der Woche zu arbeiten."

VORAN: Wer verdient denn überhaupt an der Wäscherei?

"Erstens mal die Hausbesitzerin. Die kassiert für den Waschsalon plus zwei zugehörige Lagerräume 1.600DM Monatsmiete. Die ganzen Maschinen - 10 Waschmaschinen, eine Mangel, eine Wäscheschleuder und zwei Trockner, das meiste ist ganz altes Zeug - gehören einem Typen, der in München noch zwei oder drei andere Wäschereien (und außerdem noch mehrere Wohnungen) besitzt. Der erhält für die Maschinen mehr als 1.500DM Pacht jeden Monat. Zwar hat er einmal meiner Chefin angeboten, ihr die Maschinen für 72.000 DM zu verkaufen. Als sie sie jedoch schätzen ließ, waren sie nur noch 27.000DM wert. Man sieht doch daran wieder: Die Leute, die nicht arbeiten in der Wäscherei, denen sie aber gehört, verdienen das meiste daran!"

ANGESTELLTE IN DER IG METALL SIND

GEMEINSAM STÄRKER



An einem Samstag vormittag Anfang Oktober hielt der DGB die erste Veranstaltung für Angestellte in Köln ab. Rund 40 Angestellte in der IG-Metall - meistens ältere Kollegen die schon länger im Betriebsrat oder im Vertrauenskörper sind - nahmen an der Diskussion teil, die als Einleitung in das Schulungsprogramm des DGB galt. Thema war "Rationalisierung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" und die Tatsache, daß so viele Kollegen eifrig mitgeredet haben, machte deutlich, daß sich vieles im Angestelltenbereich geändert hat.

Die am meisten vertretenen Kölner Großbetriebe waren Ford, Felten und Guillaume (F & G) und Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD). Ab 1974 hatten schon die ersten Entlassungswellen stattgefunden, wobei inzwischen die sogenannte "schleichende Entlassung" bei KHD eingetreten ist - d. h. ausscheidende Kollegen werden nicht durch neue Arbeitnehmer ersetzt. Dies bedeutet für die anderen Kollegen im Betrieb mehr Arbeit - eine Steigerung der Produktivität pro Arbeiter, aber ohne Erhöhung des Lohnes.

Gerade in den metall-verarbeitenden Mittelbetrieben stehen bald schon wieder Entlassungen im Angestelltenbereich vor. Die Kollegen waren sich völlig im Klaren über den Grund für diese Art von "Rationalisierung": nämlich die Wirtschaftskrise, in der der Kapitalismus immer noch steckt. Wie sie voller Zweifel sagten, ist der berühmte Aufschwung in diesen Betrieben nicht zustande gekommen.

Und in den Großbetrieben, wo letztes Jahr die höchsten Gewinne seit 1970 verbucht wurden - wie etwa Ford und KHD - waren es nicht die Arbeitnehmer, die davon profitierten. Da wird nämlich der Aufschwung dazu genutzt, Maschinen einzusetzen, die menschliche Arbeitskräfte durch neue Technologie ersetzen. Egal in Krisen- oder Aufschwungszeiten, heißt Rationalisierung nur eins: WEG-rationalisierung von Arbeitsplätzen.

In diesem Zusammenhang wurde der Beschluß des einigen Tagen zuvor abgelaufenen Bundeskongresses der IG-Metall, die Arbeitswoche auf 35 Stunden herabzusetzen, von den Kollegen begrüßt. Aber sie ließen sich keine Illusionen machen. Es wurde ganz klar gesagt, daß der Kapitalismus die Ursache der Arbeitslosigkeit und "Rationalisierung" ist und daß dieses System unheilbar ist. Daher müßte es die Aufgabe der Gewerkschaften sein, auf die Abschaffung des Kapitalismus hinzuarbeiten.

Dazu ist die Mobilisierung der breiten Massen der - bis jetzt - immer noch politisch unbewußten Kollegen in den Betrieben notwendig. Das Überraschende an dieser Diskussion war das hohe politische Niveau der Redebeiträge: es war klar, daß diese Kollegen sich als politische sowie gewerkschaftliche Führung der Angestellten in den Betrieben verstanden. Die Kollegen waren gut informiert - was auch z. B. Ereignisse im Ausland wie Spanien, Chile oder Großbritannien angeht sowie auch im eigenen Lande - und hatten schon z. T. die politischen Konsequenzen aus ihrer wirtschaftlichen Analyse gezogen. Einer sagte z. B., wenn die Arbeiter sich nicht beschließen und einig für die endgültige Abschaffung des Kapitalismus mobilisieren, werden die Unternehmer wohl zu viel schlimmeren Mitteln gegen die Arbeiter in der Wirtschaftskrise greifen müssen als die neuen Anti-Terroristen-Gesetze.

"teile und herrsche"

Der allgemeine Eindruck, den man in der Versammlung gewinnen konnte, war sehr gut. Das sogenannte "Angestelltenbewußtsein" ist nicht mehr so ausgeprägt wie früher. Gerade im Angestelltenbereich, wo die Arbeitslosigkeit und Entlassungen seit den letzten Jahren stark zunimmt, wird diesen Arbeitnehmern klar, daß es ihnen genau so geht wie den Industriearbeitern. Nur die Tatsache, daß sie im Büro und nicht am Band oder in der Werkstatt arbeiten, schützt sie schon längst nicht vor den gleichen Problemen. Diese Kollegen wissen, daß die einzige Möglichkeit, die Interessen ihrer Mitglieder sowie die ihrer Mitarbeiter im Industriebereich zu vertreten, im solidarischen Zusammenhandeln gegen die Unternehmerklasse liegt. Den Unternehmern ist nichts lieber, als wenn die Arbeiterklasse unter sich gespalten ist - nach dem Motto "teile und herrsche". Kollegen haben erzählt, wie die Industriearbeiter in ihrem Betrieb bereit waren, sich für die Interessen der Angestellten in dem selben Betrieb einzusetzen und anders rum. Solidarität ist der einzige Weg für die Angestellten und Arbeiter.

Von einem IG-Metall Vertrauensmann

Angestellte bängen um Arbeitsplätze

Seit kurzem sind wir mit einem großen technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Mikroelektronik konfrontiert - den Mikroprozessoren. Diese "Chips, die Arbeitsplätze fressen" leiten eine industrielle Revolution ein, die sich in unserer "sozialen Marktwirtschaft" mit verheerenden Folgen für uns Arbeiter und Angestellte auswirken wird.

Das Thema ist so heiß, daß sich die IGM hinter verschlossenen Türen am 24/25 Mai auf einer internen Arbeitstagung mit diesem Problem befasst hat.

"Die erste industrielle Revolution brachte die Ablösung der Muskelkraft durch die Maschine. Die zweite industrielle Revolution automatisierte die maschinellen Produktionsprozesse bei Massengütern. Hier bleibt die Steuerung und die Korrektur in der Hand des Menschen. Die dritte industrielle Revolution dagegen bringt die Ablösung von wichtigen Denkfunktionen durch die Produkte der Halbleiterelektronik, durch den Mikroprozessor und durch die neue Speicher- und Sensorenteknik."

"Es gibt Schätzungen, nach denen der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes durch die Mikroelektronik die Vernichtung von fünf alten Arbeitsplätzen durch die Mikroelektronik gegenübersteht."

(Beide Zitate aus einem einleitenden Referat von Eugen Loderer auf dieser Arbeitstagung der IGM nach "Quelle" Juli/August 77)

Die Zeiten, wo ein Angestellter sich als etwas besser, als "rechte Hand des Chefs", abgehoben vom "einfachen Arbeiter" verstehen konnte, sind endgültig vorbei.

Durch die fortschreitende technische Entwicklung und die immer ausgefeilteren Methoden der Organisationsfachleute im Bereich der Ablauforganisation wird besonders in Verwaltungsabteilungen die Arbeit immer geringer qualifiziert, monotoner und abstumpfender. Dieser Trend macht selbst vor vormals hochqualifizierten Tätigkeiten nicht halt. Das führt dazu, daß Kollegen zurückgestuft oder gleich von vornherein schlecht bezahlt werden.

Das Schlagwort der Organisationsfachleute für die Rationalisierung in der Verwaltung lautet "Gemeinkostenwertanalyse". Hier wird untersucht, ob bestimmte Formulare nicht mit anderen verbunden, vereinfacht werden können oder ganz überflüssig sind, ob Abläufe zwischen den Abteilungen sowie sie sich eingespielt haben nicht "überdeckt" werden können, ob Kontrollfunktionen weggelassen werden können, die bisher von zwei Angestellten gemacht worden ist, nicht auch von einem gemacht werden kann. Der Betrieb wo aufgrund dieser Maßnahme in der letzten Zeit besonders von sich reden macht ist der Großbetrieb KHD. Im Arbeitskreis Betriebsarbeit der Kölner Jungsozial-

sten referierte ein aktiver Gewerkschafter von KHD, der selbst auf der Entlassungsliste steht. Wir als Jungsozialisten müssen diesem Thema viel mehr Bedeutung schenken, als das bisher allgemein geschehen ist.

Den Herren Unternehmern und deren Vertretern in den Vorständen zählt nur Profit und Gewinnmaximierung.

Wir sind keine Maschinenstürmer. Selbstverständlich unterstütze ich jeden technischen Fortschritt, es stellt sich jedoch unweigerlich die Frage, ob unsere primitive kapitalistische Wirtschaft die gewaltigen technischen und sonstigen Errungenschaften nicht überlebt hat. Um jedoch den technischen Fortschritt im Interesse aller Arbeiter und nicht nur einiger weniger Kapitalisten einzusetzen, müßten konkrete Forderungen aufgestellt werden. Auf dieser Grundlage könnten wir Jusos junge Arbeiter und Angestellte ansprechen und für unsere Ideen gewinnen.

In den meisten Gewerkschaften wurde bereits über eine Senkung der Wochenarbeitszeit diskutiert. Einige haben schon die Forderung nach 35-Stunden-Woche aufgestellt. Jetzt müssen Taten folgen.

Durch eine Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die größere Freizeit kann man sich von der Arbeit besser erholen, man hat mehr Zeit sich in der Gewerkschaft und SPD zu aktivieren.

35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn

Keiner soll mit gemindertem Einkommen die Schuld an der Arbeitslosigkeit tragen. Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn!

Diese vernünftigen Forderungen, wie das Recht auf Arbeit, seit dem 6. Juni 1950 in der Landesverfassung Art. 24/1 von Nordrhein-Westfalen, können nur in einer demokratisch geplanten und verwalteten Wirtschaft dauerhaft verwirklicht werden.

Dann können wir darangehenden technischen Fortschritt im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sinnvoll einsetzen. Die tägliche Arbeitszeit kann weiter gesenkt werden, um für Menschen unwürdige Arbeiten wie Fließbandarbeit und jede Art von Akkord abzuschaffen. Die Verwaltung ist durch die EDV so zu vereinfachen, daß viel breitere Schichten daran teilhaben können.

Durch eine allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus könnten alle möglichst viele Arbeiten ausführen und an der Verwaltung mitwirken.

ERFOLGREICHE VERANSTALTUNG

Richard Schröf

DER GROSSE SCHLAG DER BOSSE - DIE KOLLEGIN BERICHTET

Wenn ich zu diesen Ereignissen Stellung nehme, dann keineswegs, um hier Mitleid heischend und als Märtyrer abgestempelt zu werden. Vom Betriebsverfassungsgesetz und von der Tätigkeit als Betriebsrat keine Ahnung, wurde ich in den Betriebsrat gewählt. Nach eingehendem Studium des BVG (Betriebsverfassungsgesetz) wurde mir alsbald klar, daß der Betriebsrat mit allen Konsequenzen tätig werden müsse. Die erste Aktion war, daß der BR (Betriebsrat) verlangte, daß Akkordzeiten, die jahrelang mit Bleistift eingetragen wurden, jetzt mit einem dokumentenechten Stift festgehalten werden. Diese Forderung war für die Betriebsleitung so ungeheuerlich, daß der Betriebsrat die ersten Beschimpfungen hinnehmen mußte. Aber nach mehreren Anläufen hatte der Betriebsrat doch Erfolg. Es ging weiter mit Kündigungen, Umgruppierungen und Arbeitszeitveränderungen, wozu der BR nicht gehört wurde. So manche Kündigung mußte daraufhin zurückgenommen werden. In der Personalplanung hatte der BR kein Mitspracherecht. Man konnte Seiten füllen in der Aufzählung von Verstößen gegen das BVG.

DIE ERSTEN DROHUNGEN

Der BR resignierte aber nicht, sondern brachte sich jedesmal bei der Geschäftsleitung in Erinnerung, wenn man wieder vergessen hatte, daß es einen Betriebsrat in der Firma gibt. Mit dieser Standhaftigkeit konnte sich der BR aber keine Lorbeeren erringen. Als der BR auch die Informationspflicht gegenüber der Belegschaft sehr ernst nahm, die Belegschaft bei der ersten Betriebsversammlung und durch Anschläge ans Schwarze Brett aufklärte, über die Schwierigkeiten, die der BR zu überwinden hatte, war es vollends geschehen. Jetzt wurden von der Geschäftsleitung die ersten Drohungen an mich herangetragen. Ich zitierte wörtlich: "Frau S., kochen sie nicht zu heiß, sonst verbrennt man sich, und wenn einer sich verbrennen soll, so kann ich dafür sorgen, daß er sich verbrennt." Aber was konnte uns schon geschehen, wir stellten nur legale Forderungen, gedeckt durch Manteltarif und mit dem BVG im Rücken. Aber welche Sicherheit bietet das BVG mit seinen Paragraphen? Das wird einem erst klar, wenn man mit den Arbeitsgerichten konfrontiert wird. Hier zeigt es sich, daß es viele Gummiparagraphen gibt, die nach beiden Seiten dehnbar sind, und nach welcher Seite im Namen des Volkes gedehnt wird? Die Tendenz läßt eindeutig erkennen, daß die Urteile der Arbeitsgerichte, aber nicht nur der Arbeitsgerichte, im Namen der Unternehmer gesprochen werden. Der Unternehmer braucht vor Gericht auch nichts zu beweisen, da geht es um die Glaubwürdigkeit. Und die Ausstrahlung ist so stark, daß man dem kleinen Mann von der Straße einfach keinen Glauben schenken kann, denn der kämpft ja bloß um seine nackte Haut und nackte Haut zeigt man in unserer Gesellschaft nicht.

ICH SOLLTE MEINE SACHEN PACKEN

Im Januar 1976 holte man zum großen Schlag gegen mich aus. Man bestellte mich an einem Freitag vormittag zur Geschäftsleitung und erklärte mit ohne Umschweife, die Experten der Geschäftsleitung hätten den ganzen Vormittag getagt und beraten und man sei zu dem Ergebnis gekommen, ich hätte gestohlen. Man wolle aber aus verschiedenen Gründen keinen großen Bahnhof machen, ich sei einmal von der Geschäftsleitung meines Postens als Betriebsratsvorsitzende enthoben und hätte somit auch keine Funktion mehr im Betrieb; zum anderen solle ich meine Sachen packen und nach Hause gehen, dann sei alles vergeben und vergessen. Man legte mir dann ein schon vorgefertigtes Schreiben vor welches ich unterschreiben sollte, daß das Arbeitsverhältnis und eventuelle Ansprüche beendet seien. Eins hatte die Expertenkonferenz aber verges-

sen, man hatte bei der Beratung den Deliquenten nicht gehört, den Betriebsrat nicht eingeschaltet und von mir keine Erklärung zur Aufdeckung der für mich belastenden Unterstellung verlangt. Das vorgelegte Schreiben blieb ohne Unterschrift.

STUNDE NULL

Drei Tage vor dieser 'Stunde Null' wurde den Auszubildenden in einer Zurechtweisung von Seiten der Betriebsleitung (bei den Lehrlingen gab es auch Probleme) aber schon erklärt: nächste Woche schmeißen wir die Rädelsführerin sowieso raus, dann kehrt wieder Ruhe im Betrieb ein. Bis zu diesem Zeitpunkt fasste ich die ganze Angelegenheit als makaberen Scherz auf. Wie konnte es aber zu diesen Anschuldigungen kommen?

Ich hatte meinen Arbeitsplatz auszufüllen, war kein freigestelltes Betriebsratsmitglied und in den Pausen für die Belegschaft, war ich mit dem Resteverkauf betraut. Ich hatte also eine Nebenkasse. Da Geld aber nicht stinkt, sondern nur gefährlich ist, die ganze Kasse aber kein System hatte, war es ein leichtes, mir einen Strick zu drehen. Man bereite einen Plan vor, den zu widerlegen ich nicht imstande war und was mich in absolute Beweisnot brachte. Arbeitskollegen, die genau wie ich Zugang zur Kasse hatten und bei meiner Verhinderung den Resteverkauf auch tätigten, wurden zur Aufklärung garnicht befragt. Es ließ sich auch keineswegs aufklären, wer so menschenfreundlich war, und mir 370,- DM mit einer Büroklammer zusammengesteckt und ganz zerknüllt, in die Handtasche, die an meinem Schreibtisch hing, hineingesteckt hatte

BEI DER KRIPO ANGEZEIGT

Nach acht Tagen des Hausverbots, erreichte ich durch eine einstweilige Verfügung die Weiterbeschäftigungspflicht und durfte die Arbeit wieder aufnehmen. Erst nach dieser Verfügung wurde ich von der Geschäftsleitung bei der Kripo angezeigt. Im Mai bekam ich dann Bescheid von der Staatsanwaltschaft, daß das Verfahren wegen Gefährdung eingestellt wird. Damit gab ich mich aber nicht zufrieden. Im Glauben an das Gericht und an eine reelle Aufklärung wollte ich den Prozeß, den ich dann auch bekam und verlor. Dieses Urteil vom Amtsgericht erlangte aber keine Rechtskraft, da ich in die Berufung ging, und in der ersten Instanz wurde das Verfahren eingestellt. Doch schon bald mußte ich erfahren, daß dieses erstinstanzliche Urteil zwar keine Rechtskraft hat, aber bei allen anderen Gerichtsverfahren eine Rolle spielt, es hängt wie ein Klotz am Bein.

APPELL AN KOLLEGEN

Appellieren möchte ich abschließend an Parteien, Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitnehmer, die Fragen ernst zu erörtern, was für einen Sinn das Betriebsverfassungsgesetz hat, welchen realen Schutz es bietet und welche Chancen ein Arbeitnehmer vor den Arbeitsgerichten hat? Denn die Praxis hat doch längst gezeigt, daß das Maß für den Arbeitnehmer sehr klein ist, der Topf, aus dem der Unternehmer schöpft aber grundlos ist, der Unternehmer nicht nur den längeren Arm hat, sondern die Hebelwirkung, die er ansetzen kann, auch von explosionsartiger Gewalt ist. Wenn hier nicht bald etwas geschieht, zum Schutz aktiver Betriebsräte, so werden wir bald untätige und ja-sagende Betriebsräte haben, und solche Gremien braucht keine Arbeitnehmerschaft!

Von der entlassenen Betriebsratsvorsitzenden einer Crailsheimer Textilfabrik

Eine Flugblattaktion in der Innenstadt und vor den größten Crailsheimer Betrieben, lockte zahlreiche Besucher zu der am Freitag den 4. November stattgefundenen Solidaritätsveranstaltung der Crailsheimer Jungsozialisten. Neben der betroffenen ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden der Firma Hohnstein, folgten der Einladung der stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende Heinz Rieger, der Vertreter der Textilarbeitergewerkschaft Schulz aus Bäcknang und der DGB-Rechtsvertreter Jens Erbgut aus Heilbronn.

In seinem Einleitungsreferat erklärte der Juso-Vorsitzende J. Michel, daß es für die Jungsozialisten selbstverständlich sei, alle Rechte, die sich die Arbeiterbewegung erkämpft hat, zu verteidigen. Dazu wörtlich: "Wir dürfen nicht zulassen, daß Unternehmer und Staat, geltende Rechte vergewaltigen. Gesetzliche Einschränkungen des Betriebsverfassungsgesetzes, des Jugendarbeitsschutzgesetzes, des Demonstrationsrechtes usw.

ser Solidaritätsveranstaltung sehr schnell als Spitze der Geschäftsleitung entlarvt werden konnte. Nachdem er mehrmals von allen Seiten aufgefordert wurde, sich zu erkennen zu geben und Stellung zu nehmen, trat er den Rückzug an.

Von allen Seiten wurde in der Diskussion die Meinung vertreten, daß die Gerichte eindeutig die Unternehmer schützen und nicht "im Namen des Volkes" Recht sprechen. Als Bestätigung dafür lieferte der DGB-Rechtsvertreter eine kurze Analyse der Gerichtsbarkeit. Die Jusos leiteten daraus ab, daß die Gerichte zur Interessenvertretung der Arbeiterklasse unzuverlässig seien und Prozesse deshalb von einer breiten Mobilisierung unter der Arbeiterschaft begleitet werden sollten, um einen öffentlichen Druck zu erzeugen.

Den Gewerkschaften wurde hierbei eine führende Rolle zugeschrieben. Der stellvertretende Kreisvorsitzende des DGB erklärte auf die vielfach angeführten Ansprüche an die Gewerkschaften, daß die Stärke der Gewerkschaften vor allem im Hohenloher Raum daran krankte, daß der Organisationsgrad in vielen Betrieben und Branchen viel zu niedrig sei und die Aktivitäten der Mitglieder zu wünschen übrig lassen.

Zu dem Fall der Entlassung der Betriebsrätin, meinte Rieger allerdings, daß so etwas in der Metallbranche nie passieren würde, weil die IG-Metall bei so einem Vorgang in Crailsheim sofort eine Versammlung abhalten würde, zu der die Kollegen mit Bussen sogar aus der weiteren Umgebung anreisen würden. Auf diese Weise könnte eine sofortige Wiedereinstellung erreicht werden.

DGB UNTERSTÜTZT JUSOS

Rieger sagte zu, sich innerhalb der IG-Metall und im DGB für die Solidarität mit der entlassenen Kollegin einzusetzen und die Jusos bei ihren weiteren Aktionen zu unterstützen. Die Ankündigung der Jusos, daß diese Veranstaltung erst der Anfang sein soll für weitere größere Aktionen, wurde von den Anwesenden, insbesondere von den Betriebsratsmitgliedern der Firma Hohnstein, sehr begrüßt. Mit dieser ersten Veranstaltung haben sich die Jusos in Crailsheim sehr viele Freunde geschaffen (auch Feinde).

ARBEITER FÜR SOZIALISTISCHE IDEEN

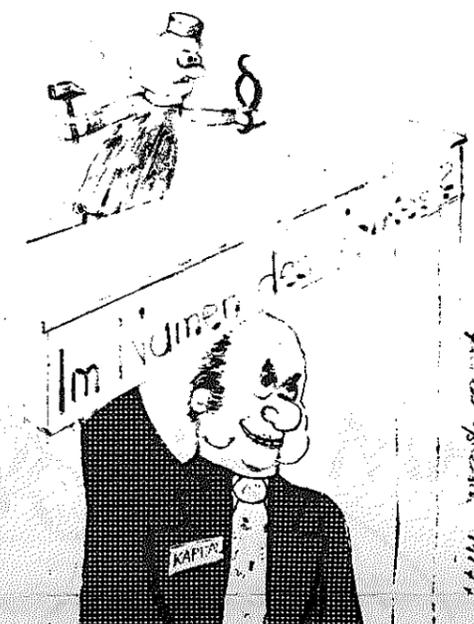
Das Gerücht, Arbeiter seien nicht mehr für sozialistische Ideen zu gewinnen, wurde eindeutig widerlegt.

Selbst für uns Jusos war es überraschend, mit welcher Aufgeschlossenheit und großem Interesse die zumeist älteren Kollegen unseren Forderungen entgegen kamen. Die Forderung nach Entmachtung des Kapitals durch Verstaatlichung der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle wurde eifrig beklatscht.

Die Jusos in Crailsheim haben es endlich geschafft, aus der politischen Isolation eines akademischen Diskutiervereins auszubrechen und durch die volle Konzentration der Arbeit auf die Betriebe nun begonnen, eine Basis in der Arbeiterschaft zu gewinnen.

Selbst führende Gewerkschafter in unserem Raum haben erkannt, daß die Jusos in Crailsheim eine gewisse Rolle im politischen Leben der Stadt spielen, sie sind doch die einzigen, die eine klare politische Alternative anzubieten haben.

Auch die anderen Juso-Gruppen müssen erkennen und einsehen, daß nur auf der Basis eines konsequenten marxistischen Programms und der Hinwendung der politischen Arbeit zu Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten erfolgversprechende sozialistische Politik betrieben werden kann.



erteilen wir eine klare Absage ... Denn all diese Gesetzesänderungen sollen die Macht des Kapitals verstärken und die arbeitende Bevölkerung und die lernende Jugend einschüchtern." Er führte weiter aus, daß dieser Entwicklung mit offensivem solidarischen Verhalten begegnet werden muß. Für den Fall der Entlassung der BR-Vorsitzenden heißt das nach Meinung der Jusos, daß SPD und Gewerkschaften mit den Kollegen aus den betroffenen und den umliegenden Betrieben durch öffentliche Veranstaltungen und Aktionen ihre Empörung deutlich machen sollen. Nach diesem einleitenden Referat, schilderte die entlassene BR-Vorsitzende selbst ihre Tätigkeit im BR und die Umstände ihrer Entlassung. Die Anwesenden waren sich einig, daß die Kollegin nur in die kriminelle Ecke gestellt wurde, um entlassen zu werden, denn sie war den Herren der Geschäftsleitung zu unbecoem.

SPITZEL DER FIRMA

Diejenigen Kollegen, die aus dem betroffenen Betrieb kamen, machten den übrigen Teilnehmern klar, weshalb nicht mehr aus dem Betrieb gekommen waren. Die neue BR-Vorsitzende erklärte, daß sicherlich die meisten gekommen wären, wenn nicht so viele Angst vor Repressionen und ihren Arbeitsplatz hätten. Daß diese Angst nicht unbegründet war, zeigte die Tatsache, daß ein Teilnehmer die-

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H.G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75